

Bezugspreis:

Bezugsjahr 18,50 M., monatlich 4,50 M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Zeit“ erscheint wöchentlich zweimal Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Kopierzeile kostet 2 M. ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Donnerstag, den 15. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

42 Tote, 105 Verwundete.

Verheerung — Zerstörung.

Die Rede, die der unabhängige Fraktionsvorsitzende Senke am Mittwoch in der Nationalversammlung hielt, lief letzten Endes darauf hinaus, die Regierung hätte keine Maßnahmen zum Schutz der Volksvertretung ergreifen dürfen, dann wäre auch nichts passiert.

Die unabhängige und die kommunistische Parteileitung hatte alles getan, um ihrer Demonstration gegen die Volksvertretung einen feindlichen und bedrohenden Charakter zu geben. Sie hat alles zu tun unterlassen, um die Kundgebung in ruhige, geordnete Bahnen zu leiten.

Aber verantwortliche Beteiligung der Führer, Stellung von Rednern und Ordnern, Ausgabe einer Abmahnparole, Verständigung mit den Behörden — nichts von alledem geschah.

Aus allen Betrieben kommt nun die Nachricht, daß die Empörung über die Gewissenlosigkeit dieser Führung hohe Wellen schlägt. Die Empörung ist begründet. Denn mindestens neun Rehtel aller Demonstranten hatten gar keine andere Absicht, als in friedlicher Weise zu demonstrieren.

Die Zahl der Opfer.

Bei den Unruhen vor dem Reichstagsgebäude sind, wie jetzt endgültig festgestellt wurde, 42 Tote und 105 Verletzte gezählt worden.

Die Sicherheitswehr hat einen Toten und 8 Schwer- und 5 Leichtverletzte zu beklagen. Zwei Beamte wurden in die Spree geworfen aber gerettet.

Die Beerdigung der Demonstrationsoffer.

Nach den bisherigen Erfahrungen bei der Bestattung der in den Straßenkämpfen umgekommenen Opfer dürfte ohne weiteres angenommen werden, daß sich Unabhängige und Kommunisten auch diesmal die Gelegenheit nicht entgehen lassen würden, die Beerdigung der Opfer des 13. Januar zu einer politischen Demonstration großen Stils auszugestalten.

Neue Erlasse Noskes.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen verordne ich für Berlin und die Mark Brandenburg folgendes:

Jede wirtschaftliche Bedrohung und Schädigung (Vorfälle) der Angehörigen der Einwohnerwehr, der Reichswehr und der Technischen Rothilfe sowie ihrer Familienmitglieder und die Aufforderung oder Anreizung hierzu ist verboten.

Zusicherungen werden gemäß § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 mit Gefängnis oder Haft oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen.

Der Oberbefehlshaber. (gez.) Noske.

Zusätzlich ist eine Verordnung erschienen, die das Veröffentlichen von Zeitungen und Zeitschriften und den Druck und Vertrieb von Flugchriften verbietet. Eine andere Verordnung beschäftigt sich mit An- und Verkauf von Schusswaffen, Munition und Sprengmitteln.

Hamburg bewahrt Ruhe.

Wie uns aus Hamburg gebracht wird, hatte der Reichsbund der Kriegsbeschädigten für Mittwoch in Hamburg eine große Demonstration geplant. In Anbetracht der Berliner Unruhen und des Aufruhrs der Sozialdemokratischen Partei wurde davon Abstand genommen.

was die Sozialdemokratie im November 1918 tat. Da kamen die Januar- und Märzputsche. Kaum war ein wenig Ruhe eingetreten, so forderte die Sozialdemokratie abermals die Aufhebung des Belagerungszustandes — der „Vorwärts“ tat es zweimal täglich — und setzte sie schließlich auch durch.

Jetzt diskutiert man in kleinen Zirkeln über die Zweckmäßigkeit der unabhängig-kommunistischen Taktik und ihre Erfolge. Die Forderung frist weiter. Rechnet ihr's? Wo sind Bernstein, Kautsky, Ströbel, Rehrigke, Herz-Altona und viele andere, die vordem gute Besten waren? Die Intelligenzen ziehen sich fluchtartig aus der sinnlos gewordenen Bewegung zurück.

Vor sechs Jahren.

Die erste politische Folge des unabhängig-kommunistischen Reichstagsputsches war die Ausnutzung des Blutbades durch die reaktionäre Presse. Je wahrer und verbrecherischer es die Unabhängigen und Kommunisten treiben, um so hellere Freude und größere Genugtuung in den monarchistischen alldeutschen Reihen.

Anders packt die deutschnationale „Tägliche Rundschau“ die Ereignisse an. Sie sagt, vor 6 Jahren hätte die Sozialdemokratie einen solchen Kravall mit inszeniert, hätte sie ebenfalls das Rüstär, das lediglich seine Schuldigkeit getan habe, als Mörder und Bluthunde ausgehört und die Regierung beschimpft, welche die Ordnung selbst mit Waffengewalt aufrechtzuerhalten angefangen hätte.

Wenn das vor 6 Jahren, in den Zaberntagen, wenige Monate vor Ausbruch des Krieges, vom Regierungssitz aus gesagt worden wäre, so hätte Herr Bauer vom Reichstag aus gebüllt wie ein Elter, mit ihm all die Seinen und dazu noch Lehrenden.

Das ist genau dasselbe, was der Abgeordnete Senke auch sagt. Was wünschen sich denn die Unabhängigen mehr als den Beweis, daß die Sozialdemokraten andere geworden sind als früher und jetzt verbrennen, was sie damals angebetet haben.

Die Wahrheit ist freilich ganz anders. Vor 6 Jahren hatten wir — so schreibt mit Recht die „Soz. Korr.“ — Dreiklassenparlament, Gewalt Herrschaft, den Militarismus der „Edelsten und Besten“, die brutale Verdrängung des Volkes ohne jeden Grund, wie der „Wades“ in Zabernt, und willy, Schneidigkeit. Heute haben wir den demokratischen Staat. Die Regierung ist legitimiert durch den Willen des Volkes. Nach in diesem Jahre wird neu gewählt. Wenn das Volk will, bekommt es eine andere Regierung. Niemand braucht mehr zu den Waffen zu greifen, der nicht mit der Minderheit die Mehrheit brutalisieren will. Sonst kommt jeder mit dem gleichen Recht zu seinem gerechten Anbruch.

Damals vor sechs Jahren hat die Sozialdemokratie Riesendemonstrationen veranstaltet. Stundenlang zogen die Mäße durch die Straße trotz Polizei und Militär. Aber nicht eine Fensterkugel ist damals zerbrochen worden. Die Partei hatte durch ihre Ordnung dafür gesorgt, daß keine unläutereren Elemente sich einmischten, oder daß sie sofort unschädlich gemacht wurden. Die Masse selbst hielt straffe Disziplin und war stolz darauf, nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren und auch nicht mit dem Rüstzeug der modernen Kriegstechnik zu kämpfen, sondern nur des Geistes Schwert und des Rechtes Panzer zu schwingen. Am Dienstag vor dem Reichstag sah es ja wohl etwas anders aus.

Damals gewaltlose Willensdemonstration gegen eine brutale Gewalt Herrschaft der Minderheit, heute eine gewalttätige Kundgebung der brutalen Minderheit gegen die Herrschaft der Mehrheit — der Unterschied ist mehr als riesengroß.

Und wie hat sich am Dienstag die „Soldatenka“ benommen? Erst als sie nahezu ein Tausend Verwundete hatte, hat sie zur Waffe gegriffen. Nicht um sich zu schützen, sondern zum Schutz des Hauses, in dem die Ermählten des Volkes tagten. Hätte die alte Polizei eine solche Kammergebäude jemals an den Tag gesetzt, ihr Führer wäre mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt worden, weil er unentschlossen seine Dienstfunktionen vernachlässigt hätte. Heute aber übernimmt der Minister seine die Verantwortung für die beispiellose Geduld der Sicherheitspolizei, heute werden die Führer der Schutztruppe des Reichstags dafür belobt, daß sie bis zum letzten Nachschuß und Selbstbeherrschung an den Tag gelangt haben.

Aber was schiert das alles die „Tägliche Rundschau“? Sie muß in Ermangelung der verbotenen kommunistischen Heftblätter den rabulistischen Elementen einen neuen Antrieb geben. Denn auf diesen beruht ja die stärkste Hoffnung der Reaktion. Sie muß mit dem Feuer neuer Untische, neuen Blutvergüssen spielen, denn sie treibt ja deutschnationale Katastrophenpolitik, die es lehrt, daß je schlimmer es werde, um so besser die Aussichten seien, daß es wieder gut (im reaktionären Sinne) werde. Wir aber halten dieses verlogene Treiben für ebenso

gemeingefährlich, wie das der traurigen unabhängigen Soldaten, die in der Nationalversammlung Sieg oder Tod sahen und im gleichen Atemzuge jede Verantwortung für die blutigen Zusammenstöße ablehnten. Folgt das deutsche Volk diesen Demagogen von rechts oder links, so wird es zugrunde gehen. Nur demokratische Festigkeit kann es retten.

Kommunisten gegen Unabhängige.

Genosse Heine hat in der Nationalversammlung die vorläufige letzte, nicht mehr verbreitete Nummer der „Freiheit“ zitiert. Die zugleich erscheinende, vom gleichen Schicksal ereilte „Note Fahne“ ist nicht minder interessant. Sie gibt zu, daß erst Soldaten entwaffnet wurden, bevor die ersten Schüsse fielen, behauptet aber, die Massen seien dadurch erregt worden, daß sich die Soldaten überflüssigerweise in die Menge begeben hätten.

In einem Aufruf der K. P. D. wird aufgefordert, sofort, noch am Mittwoch vormittag, überall in den Betrieben revolutionäre Betriebsräte zu wählen. In einem Leitartikel, in dem dieses Thema weiter behandelt wird, wird gegen die Unabhängigen der Vorwurf erhoben, daß sie die Dienstag-Demonstration allein öffentlich angekündigt und damit die Kommunisten überrollt hätten:

Engberzig Parteigeist der U. S. P. glaubte diese große Bewegung... ausmühen zu können in ein unabhängiges Parteigeschäft. So hat es ein kleiner Kämpfer von Parteigeschäftsmachern für angebracht gehalten, mit diesem Aufruf zur Demonstration auch die K. P. D. zu überrollen, mit der man sich zuvor auf mögliche Gemeinsamkeit der Aktionen verständigt hatte. Wenn die paar Führerchen, die das für angezeigt gehalten haben, glauben, damit der Partei genützt zu haben, so glauben wir andererseits zu wissen, wie die Massen aus der unabhängigen Proletariat darüber denken.

Es wird dann weiter heftige Kritik daran geübt, daß die Unabhängigen nur eine Parole des negativen Proletates ausgegeben hätten. Das sei ein Beweis, daß die Köpfe der Unabhängigen noch völlig benommen seien vom „parlamentarischen Kreimismus“.

Nicht minder interessant ist ein Artikel gegen Ledebour, der als „Revolutionär“ erbarmungslos verhöhnt wird. In diesem Artikel, der aus der Feder Madets zu stammen scheint, wird angeführt, daß die Zentrale der K. P. D. von der Aktion Ledebours schon am 8. Januar 1919 abgerufen sei, indem sie befohlen, ihre Vertreter aus der Körperlichkeit der revolutionären Elemente zurückzuführen. Wegen innerer Widerstände sei es leider erst am 10. Januar möglich gewesen, diesen Beschluß durchzuführen. Die „Note Fahne“ fährt dann fort:

Als wir als die Putschisten im Reich herumgebrüllt wurden, die alles verschuldet haben: da war keiner von den Unabhängigen, der deren Teil Verantwortung getragen hätte. Da kreuzte man sich dessen, daß wir die Rollen zu tragen hatten, daß wir verfolgt und verachtet wurden, daß uns die Gewalt traf und sie nicht. Da war keiner mehr stolz auf die Januarrieten, da wollte keiner den Glorienschein, nach dem Ledebour heute wieder stierig greift. Und sogar gibt es Herrschaften in der U. S. P., die heute, wo die K. P. D. groß geworden ist, in Folge der Verfolgungen, die uns getroffen haben, sich gefällig aus feile Parteidrucklein klopfen, mittelteilig verächtlich böhmisch auf uns herunterblicken und sagen: Wir haben's geschafft. Ja, solche würdige Kyniker des revolutionären Zeitalters gibt es in der U. S. P., und wir wollen Georg Ledebour die Namen nennen, wenn er sie wünscht.

Man kann sich danach vorstellen, wie lebendig sich die Diskussion zwischen Kommunisten und Unabhängigen gestalten wird, wenn man sich den jetzt angerichteten Schaden besieht.

Ernst Kreowski †

Wir stehen an der Warte eines langjährigen treuen Mitkämpfers an unserm Kunstteil: Ernst Kreowski ist gestern morgen im Kreisfrankenhaus Ort, wo er seit Wochen an einer Pfortenkrankung darniederlag, aus dem Leben geschieden. Dies Leben, das er als ein Proletarier der Feder durchlängte, hat mit seinen besten Kräften nicht nur im besonderen dem „Vorwärts“, sondern weiterhin der deutschen Arbeiterkraft gedient. Es wurzelte im Boden sozialer Kampfgedanken, und immer war es der Hald und der Stolz seines Trägers, dem Ringen der deutschen Arbeiterkraft auch seine Kraft einzusetzen zu können. Manches Bild seiner Arbeit als Mittler geistiger Bildung, als Kritiker, Erzähler, Dichter hat einen weiten Weg durchs Land wandern können, und so wird es viele Herzen in Deutschland geben, die Ernst Kreowski mit uns dankbar einen Abschiedsgruß nachrufen.

Ernst Kreowski war von Geburt Ostpreuße. Seine Heimat ist Rossitten. Als Sohn eines Gärtners kam er dort am 12. Juni 1880 zur Welt und die Erinnerung an Heimat, Eltern und Kindheit, die in seinen Gedichten oft innig hervorbringt, hat ihn bis in seine letzten Stunden umflutet. Nach einigen Jahren des Lehrenerlebens in malinischen Dorfschulen trieb ihn die junge Lust, ein Dasein in literarischer Unabhängigkeit zu gewinnen, auf die Wanderlust. Eine Petition Redakteur er im holländischen Breda, dann schlug er sich durchs Rheinland nach dem Badischen durch. Anfangs der achtziger Jahre sah er in München Fuß, und als die Welle der literarischen Bewegung in der Endzeit jenes Jahrzehnts aufstieg, fand er im Kreis der Modernen, was seiner Sinneseart entsprach. Er gewann engeren Anschluß an Frau Ledebour, Heinrich von Reber, Eliencron. Franz Feld gehörte natürlich zu den Mitarbeitern der Conradischen „Gesellschaft“, und als der Fall des Sozialistengesetzes einer Arbeiterpresse Raum schaffte, bewies er alsbald, wo er politisch stand. Der „Münchener Post“ diente er als Literaturkritiker, dem „Süddeutschen Postillon“ Eduard Fuchs' leitete er Stadelwerke. Seinen Zeugnissen und Fähigkeiten verdankte er die Leitung der Zeitschrift, die während der großen Münchener Ausstellung erschien, und dann die Berufung an die königlichen Familienblätter „Gartenlaube“ und „Von Fleck zum Meer“, die ihn Ende der neunziger Jahre nach Stuttgart und bald nach Berlin führten. Da es nicht seine Art war, aus seinem politischen Dingen eine Nöckergrube zu machen, fand er schnell Anlaß, die Arbeit an den genannten Blättern aufzugeben, und fortan baute er seine Tätigkeit auf der Mitarbeit an sozialdemokratischen Blättern auf. Unter Nikolaus Kraus wirkte er als Kunstkritiker am „Vorwärts“ mit, ging im Frühjahr 1904 als Leiter des Revueorgans und Theaterkritiker an die Chemnitzer „Volkstimme“ und legte Ende 1905 mit jungem, ebullientem Hausstand nach Berlin zurück, um abermals und bis zum Tage der nun tödlich verlaufenen Erkrankung

Neue Einzelheiten.

Zu den Mitteilungen, daß die Abgeordneten Zieg und Zubeil die vor dem Reichstag verammelten Reichsmassen durch bayerische Reden aufgeputscht haben, wird uns mitgeteilt, daß die als besonders rabiat bekannten Mitglieder des „Roten Volkstages“ Maljahn und Reumann auf einem Kolonnen an der Peripherie der Demonstranten von einem Waggon zum anderen gefahren sind, um bei jedem Halt die Masse durch aufreizende Redensarten zur Aktion aufzufordern. Die Opfer sind die mißleiteten und verführten Arbeiter, die Aufwiegler haben sich außer Schuhweite gehalten.

Für die fanatische Brut gewisser Elemente, deren (höchst egoistischen und unpolitischen) Absichten die Polizei im Wege steht, ist folgende Tatsache bezeichnend. In einer Partierwohnung der Dändersstraße, ganz nahe am Reichstag, in der ein von der Menge verfolgter Sicherheitskondat aus Erbarmen aufgenommen wurde, schlugen die Verfolger die Fenster ein, um ihrem Opfer folgen und ihr Wortwerk vollenden zu können. Rechtzeitige Verhinderung hinderte die „revolutionäre Tat“.

Der Verkehrsstreik.

Die verbleibenden Eisenbahner lassen sich leider noch immer von den Hasen beeinflussen, die mit aller Rücksichtslosigkeit auf den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft hinarbeiten. Trotzdem ihre wirtschaftlichen Forderungen in einem Umfang bewilligt sind, den sie sich kaum gedacht haben, verharren sie in vielen Orten weiter im Streik und lassen den politischen Dunkelmännern Hülfsdienste. Die Kohlenart der Industrie hat schon vielfach zu Betriebsstörungen geführt und steigt noch fortgesetzt. Die Lebensmittelpreise in den größeren Städten, namentlich im Westen, ist bis zur Unerträglichkeit gestiegen. Trotzdem fahren die Eisenbahner fort, den Betrieb zu unterbinden und teilweise Gewalttakte gegen einen Versuch, ihn wieder aufzunehmen, zu verüben.

Dieser Streik zeigt uns aufs deutlichste, daß die Regierung sofort ein besonders scharfes Augenmerk auf die Sicherung des Verkehrs in künftigen Tagen lenken muß. Sie muß mit aufsergewöhnlichen Mitteln die „Technische Nothilfe“ im Reichsgebiet so stark machen, daß diese in jeder Stunde bereit sein kann, im Falle des Versagens der selbstverständlichen Arbeiterpflicht für den Schutz des Lebens der Bevölkerung einzuspringen und alle technischen Arbeiten verrichten zu können, die für die Fortsetzung der Lebensmittel- und Kohlenbeförderung notwendig sind. Der gegenwärtige Streik ist eine bittere Lehre. Wir sind es dem Volke schuldig, daß wir das gleiche Elend nicht ein zweites Mal erleiden.

Die Verhandlungen im Eisenbahnerstreik sehen vor ihrem Abschluß. Die Tarifverträge für die westlichen Gebiete sind bereits fertig. Danach werden die Arbeiter über 24 Jahre in fünf Dienstklassen eingeteilt und ihnen Stundenlöhne zwischen 2,70 und 3,60 M. zugebilligt. (Berlin 3,60 M., Essen, Köln, Saarburg, Frankfurt a. M., Hamburg und Altona 3,50 M., Ebersfeld, Krefeld und Gassel 3,30 M.)

Durch die Erhöhung der Eisenbahnerlöhne hat der Staat, also das deutsche Volk, 1/2 Milliarden mehr zu bezahlen. Dazu kommen noch die Erhöhungen der Teuerungszulagen für die Beamten um 150 Prozent. Da die Eisenbahnverwaltung gegenwärtig schon mit einem Defizit von 4 Milliarden arbeitet, wird eine Erhöhung der Eisenbahntarife nicht mehr lange ausbleiben können.

Der Eisenbahnverkehr im Bezirk Ebersfeld ist im großen und ganzen wieder aufgenommen worden.

Auf den weitläufigen Bahnhöfen des Eisenbahndirektionsbezirk Essen ist der Streik beendet. Auf dem Duisburger Hauptbahnhof, den Wülheimer Bahnhöfen, Langendreer, Witten-West und den Bochumer Bahnhöfen verharren die Arbeiter noch im Ausstand.

Auch in Düsseldorf und im Direktionsbezirk Münster

ist einmütig beschlossen worden, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Dagegen ist in Frankfurt a. M. eine starke Unzufriedenheit, weil die Arbeiter der Rheinischen Bahnhöfe in die dritte Lohnklasse eingereiht worden sind. Wenn dieser Beschluß nicht geändert wird, bröhen die Arbeiter mit dem Streik. 45 Waggons holländischer Kartoffeln, die für Frankfurt bestimmt waren, sind im rheinischen Streikgebiet angehalten und ausgeplündert worden.

Aus Köln meldet uns ein eigener Drahtbericht: Der Eisenbahnerstreik in Köln ist erloschen. Die Briten haben nicht weniger als 24 Verhaftungen vorgenommen. Auch im Rheinischen Braunkohlenebiet ist der Streik beendet. Ein Streik für die Tafelware, der von Berlin aus die Drähte gespannt sind, um das Wirtschaftskleben in Deutschland lahmzulegen, ist die Bestimmung, daß am Mittwoch kommunistische Sendboten in den Betrieben in Köln den Arbeitern einflüsteren, der Generalstreik über ganz Deutschland sei beschlossen und in Berlin bereits ausgebrochen; man muß sich deshalb in Köln bereithalten.

In Sachsen, wo man glauben durfte, daß die Bewegung gütlich beigelegt wird, sind die Arbeiter der Chemnitzer Eisenbahnwerkstätten in den Streik getreten. Die Ausstandsaktion hat bereits auf die Leipzig-Engelsdorfer Betriebe übergegriffen. Das Fahrpersonal verhält sich dem Streik gegenüber entschieden ablehnend.

In Oberschlesien dauert der Streik im Direktionsbezirk Ratowitz fort. Es ist jedoch der „Technische Nothilfe“ gelungen, den gesamten Personenverkehr und einen großen Teil des Güterverkehrs aufrechtzuerhalten.

Wer weiterstreikt, wird entlassen.

Die Eisenbahndirektion Ebersfeld hat folgende Verfügung erlassen:

„Der Reichskommissar Severing ist zum Eisenbahnkommissar für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Minden, Münster und Kruppberg ernannt worden. Entsprechend seinen Anordnungen werden sämtliche im Ausstand befindliche Arbeiter aufgefordert, die Arbeit spätestens innerhalb 24 Stunden nach Bekanntwerden dieses Beschlusses wieder aufzunehmen. Wer dieser Aufforderung nicht Folge leistet, ist als entlassen zu betrachten. Die Lohnzahlung erfolgt vom Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme ab und nur für die Zeit der wirklichen Arbeitsleistung. Die Stellung von Lokomotiven und Wagen an die Streikstellen ist nur noch mit Genehmigung des Regierungskommissars zulässig.“

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat folgende Verfügung an alle Eisenbahndirektionen gegeben:

„Die letzten Ereignisse lassen Zweifel mehr, daß die Eisenbahnerbewegung nur ein Teil einer umfassenden politischen Bewegung zum Sturz der Regierung ist. Die von langer Hand von den Kommunisten und Sozialisten vorbereitet ist. Die Aufrechterhaltung des Betriebes ist zur Durchführung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffe unbedingte Notwendigkeit. Ich erwarte, daß die Beamten in Erkenntnis dessen sich gegenseitig bei der Aufrechterhaltung der Betriebe unterstützen werden. Die Anordnungen, insbesondere der Arbeiterarbeiten des Lokomotivdienstes, unterstützen. Alle Anordnungen zu diesem Zwecke sind ohne jeden Zeitverlust an Beamten und Dringlichkeit zu erfüllen. Die Anordnungen und Dienststellenverordnungen haben sich persönlich für die glatte Durchführung dieser Anordnungen einzusetzen. Die Beamtenverbände haben ihre Mitglieder in gleichem Sinne aufzurufen, um die staatliche Ordnung und die Lebensmittelversorgung aufrechtzuerhalten. Es darf nicht gebildet werden, daß ungezügelt Elemente des Verbrechens zerrütten und dadurch namenloses Elend über die breitesten Volksmassen bringen.“

dem „Vorwärts“ als Kritiker für Musik und Theater zu helfen. Darin Sorgen der Kriegszeit haben seine Kräfte aufgezehrt. Vergebens war seine Freude, in gebotenen Arbeiten, die ihm willkommen waren, in eine neue Zeit heilsamen Schaffens überzugehen.

In einer Reihe von Vortragsöffentlichungen hat Ernst Kreowski das Wesen seines Daseins und seines Könnens gesammelt. Vier lyrische Bände bezeugen, wie sehr der soziale Geist, der in den achtziger Jahren in die deutsche Dichtung eintraf, seinem Fühlen und Denken die Richtung gab. „Alter, oppositioneller, zum Sarkasmus gereinigter Groß sah ihm im Werte, und das erklärt wohl, daß er sich so gut mit Widerspruchstypen einer älteren Generation wie Ernst Jell, an dessen Seite er in Stuttgart arbeitete, mit dem Münchener Dichterkreis Reder und später in Berlin mit unserm greissen Robert Schweißel verstand. Bei ihm, dem Jungeren, hatte dieser Groß sozialistische Farbe gewonnen und die hat seine Verbände zu Bäckern werden lassen, in denen die Stimmung ihrer Zeit lebt. Ein kampfbereites Aufkommen gegen bedrückende Gedanken und Gefühle einer pessimistisch gerichteten Zeit stampelt sie ab. Heber die Härten seines Daseins, die ihn immer getrieben haben, arbeitet sich sein für das Schöne offene Herz empor, und im Glauben an das Proletariat gibt er seine Bitterkeit selbst gegen alle Anbittern zu zeigen. Dieser Glaube will sich um Buch um Buch immer gedrängter sich ausdrücken. Neben einem balladischen Bände „Von goldner Spindel“ (1909) stehen die drei Bücher mit den bezeichnend trügerischen Titeln: „Schlagende Wetter“ (1908), „Rohfeuer“ (1904) und zuletzt „Auf der Barrikade“, dessen Widmung August Bebel ein Jahr vor seinem Tode annahm. Durchaus ein Buch sozialistischer Tendenz wollte diese letzte Sammlung sein; es sollte deren Arsenal um ein trübseliges Gewissen bereichern.“ Denn, sagte Kreowski, „wie absurd immer die Verdamnisurteile über deren angebliche Unkraft aus den Mäulern reaktionärer oder unwilliger Literaturkritiker lauten mögen — die tagtäglich kontrollierbare Tatsache, daß oft ein einziges Gedicht imstande sei, mehr Bändhaff unter die Massen zu werfen, weit gewaltiger und nachhaltiger Wunder zu wirken, als noch soviel gelehrte Abhandlungen oder wohlgeleitete Reden zusammenzunehmen, die ja und niemand wegdipulieren!“ Daß Kreowski solche Gedichte gelangen, hat mancherlei Wirkung eugenfällig bezeugt. Er schrieb sein „Lengsummlich, das lodert sozial“, und Straphen daraus, auf die Anzugsstücke für die Berliner Märzgefallenen gedruckt, vertiefen der Holzschneider. Er schrieb 1901 eine „Zukunftsvorhersage“ für die deutsche Arbeiterzeitung und der Junghäuser griff die Verse zu einem Angriff im Reichstag gegen die Sozialdemokratie auf. Und er schrieb den herausragenden Song „Dem Leng entgegen“, den Uthmann als Männerchor vertonte und der von den deutschen Arbeiterlängern wie bisher so auch in Zukunft gesungen werden wird. In den ersten neunziger Jahren erklang das Paradieslied „Lassalle, mein Volk, sei deine Kampfpforte“, und die Lust am Ausgang der achtziger Jahre atmete ein „Dulcanen-Lied“:

Ich sing ein Sturmlied von der Gah
Und sage nur voll Gorn und Gah:
Ihr tanzt auf einem Dufanel!

Mit diesen Gaben hat Ernst Kreowski seinen Namen in das rote Buch deutscher Arbeiterdichtung in festen Buchen eingetrieben, und wer diese Bücher liest, findet neben den Kampfsätzen fest le Bilder — der „Russische Verbannenzug“ aus der Zeit der Vorkriegs-Entfaltungen über Sibirien ist sehr bekannt geworden —, in denen des Dichters ernstes Empfinden sich untrüglich und immer als Bitterkeit offenbart. Immer aber war Kreowski zugleich an der Arbeit, durch literarische Darlegungen dafür zu wirken, daß die Bedeutung der sozialen Dichtung in weiten Kreisen erkannt werde. In den Zeitungen und Zeitschriften der Arbeiterkraft finden viele Zeugnisse dieser emsigen und mit Lust geleisteten Arbeit.

Wir stellen diese Seite seines Schaffens voran. Anderes, das er mit gleicher Sachfreude geleistet, liegt auf kunstgeschichtlichen Gebieten. Als Musikkenner hing er an Richard Wagner, und dem legte er mit Eduard Fuchs zusammen ein anerkannt köstliches Denkmal in dem Bilderwerk „Richard Wagner in der Ravenna“ (1907). Aus gleicher Arbeitgemeinschaft ging das kulturgeschichtliche Buch „Die Straße“ (1910) hervor. Und als ein letztes der dem Kriege veranlassete er eine Auslese der Lyrik des jung geformten Franz Feld, der ein vullamisch schillernder Revolutionär war und dem ihn eine nahe Freundschaft verband. Immer hat er die Feder angelegt, das Gedächtnis seiner Freunde wachzuhalten. Auch das Gedächtnis zu den treuesten Seiten Ernst Kreowski. Er lebte die Werke derer weiter, deren Nähe ihn beste Stunden seines Daseins gewinnen ließ.

Wenn sein Lob in die Klammern sinken wird, werden wir von Ernst Kreowski scheiden als von einem guten Kameraden in Kampf und Arbeit.

Theater. Am Thalia-Theater findet am Freitag die 50. Aufführung des Singbuchs „Die närrische Liebe“ statt.

Heber morgenländisches und abendländisches Denken spricht Dr. Carl Hermann Kestler am 15. Januar, abends 8 Uhr, in der Kunst-Gesellschaft, Schöneberger Ufer 40 (Cinema Hof 17). Aussprache schließt sich an.

Kunst und Bild der Lyrik. Der zweite (siebte) Vortrag von Dr. Arthur Hügel findet am 15. Januar, 8/9, Uhr in der Secession, Lustgartenbäum 232, statt.

Was ist absolute Malerei? Ueber dieses Thema spricht Mag. Dert am 17. Januar, 7/8, Uhr, im Saal des Kunstgewerkschafts, Brunn-Unterstr. 7a, zugunsten der Deutschen Gesellschaft für Kultur- und Kunstgeschichte. Der Vortrag wird an Lichtbildern erläutert. Karten 3 M. und 1 M. 50 Pf. Der Vortrag wird an Lichtbildern erläutert. Karten 3 M. und 1 M. 50 Pf. Der Vortrag wird an Lichtbildern erläutert. Karten 3 M. und 1 M. 50 Pf.

Das „Jugendlied“, eine Komödie von Robert Drameg, wird vom Komödiantenhaus mit Elise Lehmann in der Introlle zur Aufführung vorbereitet.

Die Vorträge in der Nationalgalerie und im Kronprinzen-Palast finden vom 15. Januar ab nicht von 12—1, sondern von 11—12 Uhr statt. Dienstag, Mittwoch in der Nationalgalerie, Donnerstag, Freitag und Sonnabend im Kronprinzen-Palast.

Die Volksvertretung nach dem Straßenkampf.

Wir sehen im folgenden den im Abendblatt begonnenen Bericht über die Mittwochsitzung der Nationalversammlung fort.

Präsident Fehrenbach: Das die Zahl der Opfer höher ist als mir gestern bekannt war, scheint mir ein zwingender Grund, mein Bedauern heute nochmals zu wiederholen.

Preussischer Minister des Innern Heine:

Herr Heine meint, für das, was gestern geschehen ist, wären diejenigen verantwortlich, welche das Haus durch Mannschaften der Sicherheitswehr besetzt und geschützt haben.

Ich habe deshalb auch angeordnet, daß die Maschinengewehre nicht in sichtbarer Weise auf der Rampe aufgestellt werden sollten.

Ich habe deshalb auch angeordnet, daß die Maschinengewehre nicht in sichtbarer Weise auf der Rampe aufgestellt werden sollten, und habe sie zurückziehen lassen, weil ich nicht wollte, daß ein Wort and gegeben wurde zu dem Geisere, hier wäre die Menge provoziert worden.

Er verwundete einen Mann hier im Hause.

Die Schüsse sind von draußen gekommen. Sie sehen noch draußen die Einmündung. Einer der Durchschüsse liegt in Mannshöhe und geht durch beide Lüren durch.

Die Märchen des Steinklopferhanns.

Von Ludwig Anzengruber.

Das war eine Aufregung im Orte, als man die beiden festnahm, das wogte ab und zu nach der Unglücksstätte und nach dem Gemeindefort, wo die Täter und die Landjäger, die sie zu benachteiligten hatten, auf eine Fahrgeliegenheit warteten.

Und es war allwege nicht denkbar, daß an dem Weibsbild und dem Burischen jemals ein gutes Haar gewesen wäre, die mußten von Kind auf verberbt und vermorren gewesen sein.

In einem Winkel der Stube trank auch der Steinklopferhann sein Gläschen und rauchte seine Pfeife, jetzt war sie ihm aber ausgegangen, er klopfte die Asche in derselben an der Tischkante aus und sagte: Des feids recht christlich — recht christlich!

„Werd'n wir's doch nicht gegen so Mordgefallen sein sollen?“

„Warum nit,“ sagte Hanns, „wer sich für christlich ausgibt, soll allezeit dabei bleiben, und wann nich mich recht sein?“

„Es wird auch kein ehrlicher Christmenschen ein'm andern was nachtrag'n aber so ein Mordgefallen zählt doch nit dazu!“

„Na hör auf, Hanns, das is kein Reden, so ein Stück bracht' wohl keiner, wie wir da sein, übers Herz, dazu muß man schon ganz gottverlassen auf die Welt kommen, dazu muß eins schon bestimmt sein.“

„Dann is auch dazu bestimmt, wer heut sich ein' Kausch

entwaffnet wurden. Lange Zeit berging, bis man ihnen Entlass bringen konnte. Vom Portal II war ein Stoßtrupp hinausgegangen nach dem Königplatz und kam zurück, größtenteils verwundet, zum Teil der Waffen beraubt.

Die Massen vor dem Portal II wurde aufgereizt durch Herren Abgeordneten Jubel und die Frau Abgeordnete Zick.

(Stürmisches Göt! hört! — Rufe: Direkte Lage ist das!) Nach der Abgeordnete Frau soll dagewesen sein, da ich aber keine bestimmten Beweise dafür habe, habe ich mich zurückgehalten, ihn zu nennen.

Präsident Fehrenbach fordert die Abgeordneten auf, im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung, die Plätze einzunehmen.

Die Mitglieder dieses Hauses Abg. Frau Zick und der Abg. Jubel riefen den Volksmassen zu:

Dies Haus gehört dem Volke und nicht der Sicherheitspolizei! Ihr wißt, was Ihr zu tun habt!

(Ruf von Frau Zick: Unerhört! Abg. Seeger: Das glauben Sie selber nicht! Große Unruhe.) Nach diesen Rufen drängten die Massen der Massen sich mehr und mehr gegen die Sicherheitswehr vor.

(Weiterkeit.) Es war eine Frage von Sekunden, ob die Masse in das Haus eindringen würde.

Wäre nicht geschossen worden, so wäre die Sicherheitswehr in wenigen Sekunden überwältigt worden und die Massen wären hier eingebrungen.

(Zebh. Zustimmung.) Es ist hier von einigen Seiten gesagt worden, es sei bedauerlich, daß nicht früher geschossen wurde. Dafür, daß es nicht früher geschossen ist, übernehme ich die Verantwortung.

trinkt! Ihr betet doch alltag paarmal's Vaterunser und bei der Kolenfranzondacht schon gar, weiß nit, wie oft, aber wohl weil's unterm Herrgott'n vermeint is, leier's ös herunter, daß's kein Teufel versteht, ös selber aber auch nit; sonst möcht' euch doch bei einer Witt' einleuchten, selb' wär's g'scheiteste Beten, was's jemalen aus derer Welt geb'n hat.

nicht bestreiten, was von so zahlreichen Zeugen gesehen worden ist. (Zebhafte Zustimmung.) Auch die „Nose Fahne“ ist dem Eingreifen des Reichswehrministers nicht erklüenen. Sie schildert das Verhalten der Massen als munterhaft ruhig.

Jawohl, den Tod der anderen!

Das denken Sie. (Abg. Seeger ruft: Rosa Luxemburg, Vebnecht.) Ihren Verbrechen gegenüber wird das ganze Volk einer Meinung sein.

Präsident Fehrenbach: Da der preussische Minister Heine gesprochen hat, erziele ich auch noch einem unabhängigen Medner in der Sache das Wort. (Lärmender Widerspruch rechts.

Abg. Heine (U. S.) erklärt, die Behauptung des Ministers, Jubel und Zick hätten die Volksmassen aufgehetzt als direkt

Die gestrigen Vorgänge überlassen wir dem Urteil der Geschichte. Wir glauben, daß sie zu ungunsten der Regierung entschieden wird.

Wir werden mit Heine und Konjorten schon abrechnen.

Der politische Demokratie muß die wirtschaftliche und soziale Demokratie folgen.

Das Herrenrecht ist gefallen, das Recht der Ausbeutung ist einem Menschen durch den andern muß auch fallen. Das Vertriebrätegesetz ist der erste Schritt dazu, den Arbeiter aus einem Ausbeutungsobjekt zu einem gleichberechtigten Faktor in der Produktion zu machen.

Die Revolution ist noch nicht beendet, sondern wir stehen noch mitten in der sozialen Umwälzung. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn es nicht gelinigt, die brennenden Fragen, die legt die Arbeiter-

4. Die Versuchung.

Wald is's gar nimmer wahr, so lang is's her, aber ich bestin' mich noch, es war ein schöner Herbsttag gewesen, mir hat er aber nit zu Sinn woll'n, denn damals is's mir grad grimmig schlecht gegangen, was braucht mir auch d'Sunn' so freundlich in' leeren Sad und in' hungrigen Magen s' scheinen, hab' ich mir denkt, was hab' ich davon? Is a bod'hofftig's Ding! Die Rauch' hab'n mich geärgert, die aus die Schornstein' grad auf g'stieg'n sein, 's Obst of d's Bäum' — mein war's net — und of der Gemeinwiesen hätt' ich mögen 's ganze Gras austreten, na ich war ja kein' Kuh, daß ich's hätt' mögen fressen. Teufi h'nein!

Ich war froh, wie die Sonn' ein' Anstalt macht zum Untergehn und bin noch fort ins Gebirg, bin durch Schluchten ang'stieg'n, daß ich vor ihre letzten Lichter sicher bin, bis 's Mond*) 'rauffimm't, was nit so aufdringlich is mit sein Licht.

Wie ich später so forttrapp', denn 's sakrische Mondschein is hinter d's Wolken blieb'n, riegelt sich was in der Finstern, kommt hervor aus 'm Schatten und steht a schmächtiges Würschel vor mir, so wie man's sieht auf der Wanderschaft.

Er fragt nach 'm Ort, was überm Berg enten liegt, G'scheiter's wußt' ich mir grad nit zu tun, den' ich mir, führst ihn bis hin, vielleicht zählt er dir dafür doch a Glas Wein.

Sag' ich also zu ihm, wann's ihm recht wär', könnten wir ein' Weg gehn, ich selbst möcht' nach Tappenthal.

Er steht, schaut mich eine Weil' an, auf einmal sagt er, es wär' ihm lieber, ich gäbet ihm die Weisung, daß er sich allein hinfinden könnt'.

Man, denk' ich, selb' is a notiger Kerl, der fürcht' sich z'woq'n einer klein' Verknüpfung und sag' deswegen zu ihm: Ich steh' af nix nüt an, ich führ' eng schon umfonk.

Da sagt das Würschel ganz wegwerferisch: Ich hab' eng gebeten, mir 'n Weg z' beschreiben, wollt's net, so such' ich mir 'n halt selber.

Auf d's sag' ich nüt freundlich: Na, na, wo ich z'wider bin, dring' ich mich nüt auf! — Weiß' ihm die Steig', sag' von da geht's a so und von dort a so nach Tappenthal zu, halt, daß er nit irr' geht, dreh' mich dann um und b'hit Gott!

Ro gibt er mir d's Hand, bedankt sich recht schön und meint, ich sollt's ihm nüt in Nebel aufnehmen, aber er wär' noch in laufend Angst und Schreden.

*) 's Mond = der Mond.

**) Julofen = zuhören.

*) 's Mond = der Mond. (Schluß folgt.)

schaft bewegen, auf gesetzgeberischem Wege zu lösen, dann wird die Lösung

auf anderem Wege erfolgen.

(Hört! hört! rechts.) Jawohl! — und diese Lösung wird fürchtbar sein für unser armes Volk und Land. Der unermessliche Kampf eriparen wird, der muß den Weg der Gesetzgebung beschreiten, damit die Arbeiterkraft nicht wieder in die alte Ohnmacht zurückfällt. (Sehr richtig! bei den Sozial.) In manchen Punkten hat die Kommission die Vorlage verbessert, z. B. durch die Herabsetzung des Wahlalters. Ganz so schlecht, wie die Unabhängigen sie schildern, ist die Vorlage nicht. Viele ihrer Bestimmungen bleiben aber weit hinter dem zurück, was die Arbeiterkraft sich schon an Rechten errungen hatte. Nach dem 9. November 1918 hatte die deutsche Arbeiterklasse die unumschränkte Macht in der Hand, aber es scheint manchmal, als hätte die Arbeiterkraft die Macht zu früh aus der Hand gegeben.

(Sehr richtig! bei den Sozial.) Es trifft nicht ganz zu, daß die Kommissionsfassung ein Kompromiß der drei Regierungsparteien ist. Viele Kommissionsbeschlüsse sind gegen und gegenüber worden.

Die Unabhängigen haben die Verschlechterung der Vorlage erst ermöglicht.

Ihre Kommissionsmitglieder haben sich meist nur in die Wünsche eingetragen, haben selten geredet und keine Anträge gestellt. (Hört! hört!) Verschiedene unserer Verbesserungsanträge haben sie durch ihre Stimmenthaltung zu Fall gebracht. (Hört! hört!) Durch ihre Kommissarität haben sie die Annahme von Verschlechterungsanträgen ermöglicht. (Hört! hört! bei den Sozial.) Die Unabhängigen erhoffen alles Heil von der zweiten Revolution und stellen darauf Wechsel aus. Diese zweite Revolution wird uns aber nicht Brot und Arbeit bringen, sondern und ganz in den Krieg und Kofen. Der Gedanke, das Betriebsrätegesetz zu sabotieren, wird nicht nur von den Unabhängigen sondern noch mehr von den Parteien der Rechten gepflegt. Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat in einem geheimen Rundschreiben vom 23. Dezember 1919 sogar die Frage aufgeworfen, ob man nicht die

Stellung der Betriebe als letztes Kampfmittel gegen das Betriebsrätegesetz

anwenden sollte. Die deutsche Arbeiterkraft wird dem Herren die richtige Antwort erteilen.

Legen Sie die Betriebe still, so erleichtern Sie uns die Sozialisierung.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden auch in der zweiten Sitzung versuchen, die Vorlage zu verbessern. Die Kommissionsfassung schlägt fast die Hälfte der Gesamtarbeiterkraft von der Wirksamkeit des Gesetzes aus. Das muß geändert werden. Ein Betriebsrat, der das Vertrauen seiner Wähler verloren hat, darf nicht auf seinem Platze bleiben. Die Ausnahmestellung der Arbeitgeber ist wertlos, solange nicht Strafbestimmungen in eine wahrheitsgemäße Gewähr leisten. Unendlich viel hängt von diesem Gesetz für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft ab. Nur wenn Sie die wirtschaftliche Demokratie, die soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung schaffen, nur dann besteht die Möglichkeit, daß wir die fürchterlichen Folgen des grausamen Krieges und des harten Friedens überwinden. Der Ernst der Stunde fordert, daß Sie handeln, ehe es zu spät ist. (Beifälliger Beifall bei den Sozial.)

Schwarzer (Ztr.) bedauert die gestrigen Todesopfer und hofft, daß das Gesetz durch das den Arbeitnehmern gewährte Mitspracherecht — das eine alte Forderung der Christlichen Gewerkschaften sei — zur Beilegung der beiderseitigen Veräbterung führen werde.

Weiskopf (Dem.) spricht der Sicherheitswehr seine Anerkennung aus und bedauert die Opfer des gestrigen Tages. Die Eisenbahnerbewegung ist nicht mehr ein wirtschaftlicher Streit, sondern eine politische Mutart, ein Verbrechen gegen das Leben des Volkes. (Beifälliger Beifall bei der Mehrheit.) Jeder Streit in lebenswichtigen Betrieben muß mit allen Mitteln verhindert werden. Wir stimmen dem Mitspracherecht der Arbeitnehmer im Betriebsrätegesetz nur unter der Voraussetzung zu, daß

die Schaffungsbereitschaft der Unternehmer

dadurch nicht erlöset wird. Die Alleinherrschaft des Unternehmertums wird auch von uns von jeder nicht anerkannt. Das Beispiel der Arbeitsgemeinschaft hätte auch beim Betriebsrätegesetz befolgt werden müssen. Wenn dieses Gesetz den Arbeitnehmern nicht neue Rechte verschafft hätte, so hätten sie sich angesichts der radikalen Verheerung diese selbst geholt. (Sehr richtig!) Den Wünschen auf Zurückverweisung der Vorlage und Nachprüfung durch den Reichswirtschaftsrat können wir nicht folgen. Das Gesetz ist verabschiedungsfähig; ein Abweichen davon wäre eine Bankrotterklärung der Nationalversammlung. (Beifall bei den Demokraten.)

Schiele (Dmitz.) Dieser gesetzgeberische Schritt ist um so gefährlicher, als es für ihn nirgends ein Beispiel gibt. Die Sachleute erklären sich einmütig gegen die Vorlage. Die berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer wären auch durch einen nachträglichen Ausbau der schon bestehenden Arbeiterausschüsse erreichbar gewesen.

Die Bestimmungen über das Mitspracherecht bedeuten die Auslieferung der Betriebe an die Arbeitnehmer im Sinne des Kommunismus.

Auch verneint das Gesetz den Gewerkschaftsgedanken. Die Reaktionsführung der Betrieben muß dem Eingriff der Arbeiterkraft entzogen sein, die Unabhängigkeit der Presse gewahrt bleiben.

Reichsarbeitsminister Schlieke:

Ein obligatorisches Schlichtungsverfahren läßt sich nicht so führen, ohne eine durchgreifende Umgestaltung der bestehenden Schlichtungsorgane. Das Betriebsrätegesetz, mit dem die Gesetzgebung einen neuen Wege beschreitet, ist durchaus keine Konzeption an die Straße. Die Erfahrungen mit den jetzt wirkenden Betriebsräten widersprechen durchaus nicht der Regierungsvorlage, in der ihnen nur die Wirkungskreis deutlicher umschrieben wird. Das Gesetz trägt auch nicht den Streit in die Betriebe; diese sind doch auch jetzt nicht in Ruhe, sie wird sich aber herstellen lassen, wenn auf der Grundlage des Gesetzes Gewerkschaften und Räte gemeinschaftlich arbeiten. Verabschieden Sie es bald!

Abg. Dr. Höpfer (Sp.): Die bürgerlichen Parteien, die diesem Gesetz zustimmen, haben eine ungeheure Verantwortung auf sich genommen zu den jetzt sehr vorhandenen fürchtbaren Schwierigkeiten auch noch die politischen Räte, so wird das Wirtschaftsleben völlig ruiniert. Die Arbeitnehmer dürfen keine diktatorischen Rechte über die Arbeitgeber erhalten. (Beifällige Zustimmung rechts.) Das Gesetz muß dem Reichswirtschaftsrat überwiesen werden.

Abg. Dr. Geber (U. Soz.): Das Gesetz hat den Zweck, die soziale Revolution zu verhindern. Es ist eine Proklamation der Klassenrevolution der Arbeiterkraft; die Folgen haben wir gestern erlebt. Nachdem die Regierung dieses Blutbad hervorgerufen hat, sucht sie die Schuld auf die Kommunisten und Unabhängigen abzuwälzen. (Anhaltende Unruhe.) Die Regierung hat im letzten Jahre die Einführung einer sozialistischen Konzeption des Wirtschaftslebens verdrängt. Sie will eben nur eine Regierungsübernahme im Rahmen der bürgerlichen Republik und hofft auf das Einschleusen des revolutionären Willens der Arbeiterkraft. Heute will sie mit Maschinen gegen ihn vorgehen. Der wahre Zweck dieses Gesetzes ist die Festigung des Kapitalismus. (Widerlächer im ganzen Hause.) Der Klassenkampf ist für die Reichssozialisten „die Kommode“. Die Unternehmer fühlen sich wieder in Deutschland, deshalb drohen sie mit der Schließung der Betriebe. In vielen Unternehmungen sind diese Drohungen schon

mahngemacht worden. (Auf: Das haben Sie verschuldet durch Ihre Streikpolitik.) Durch das Gesetz soll erreicht werden, daß die Arbeiterkräfte als Antreiber für die Interessen des Kapitalismus dienen. (Gelächter.) Heute leben wir noch in den Zeiten der schlimmsten Ausbeutung durch den Kapitalismus. (Zuruf: Denken Sie an Leipzig und an Ihre 400 000 Mark!) Der Redner geht dann ausführlich auf die Einzelheiten der Vorlage ein. Er schließt: Wenn Sie (zu den Reichssozialisten) sich so stark fühlen, warum schreiben Sie da nicht in diesem Augenblick allgemeine Wahlen aus? Aber Sie glauben nicht an Ihre Stärke und haben auch kein Recht dazu. Die 30 Proletarierleben werden jetzt und immer gegen Sie zugehen.

Abg. Gauderfer (Vater. Bauernh.): Das Gesetz ist für uns nicht annehmbar, besonders deshalb, weil es nicht auf unsere ländlichen Verhältnisse in Bayern paßt. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Abg. Frau Rieh (persönlich): Minister Heine hat erklärt, ich hätte die Demonstrationen aufgereizt. Hätte jemand außerhalb des Hauses diese Behauptung aufgestellt, so hätte ich ihn einen Verleumder genannt. (Große Unruhe. Ordnungsruf.) Minister Heine hat sogar den Wortlaut meiner Rede mitgeteilt. Ich habe gestern kein Wort zu den Massen gesprochen, kein Wort sprechen können. Ich bin in der Absicht, zu reden, hinausgegangen (Zuruf rechts: Ihr Erscheinen genügt schon. — Große Heiterkeit.) Habe aber diese Absicht nicht ausführen können infolge eines Schusses, der hier aus dem Hause gefallen ist. (Unruhe.) Meine Rede ist also von A bis Z ein Phantasieprodukt des Herrn Heine und seiner Spittel. (Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. Jubel (U. Soz., persönlich): Auch ich habe infolge des Schusses nicht zu den Massen sprechen können. (Und vorher? Redaktion.)

Abg. Braß (U. Soz., persönlich): Minister Heine ist aufs schändlichste angelogen worden. Ich war aufgefordert worden, einige Worte an die Arbeiter zu richten und habe dann draussen darauf aufmerksam gemacht, daß die Masse im Zuzustutzen sei und nicht geschossen werden dürfe. Es ist aber doch geschossen worden ohne vorherige Aufforderung, zurückzutreten.

Minister Heine:

Ich habe über Herrn Braß überhaupt nichts gesagt. (Widerpruch bei den U. Soz.) Er hat aus meiner Äußerung auf einen Zuzustutzen nur einen schlecht erfundenen Vorwand genommen, um hier eine agitatorische, die Wahrheit verdrängende Rede zu halten. (Lärm bei den U. Soz.) Die Augenzeugen, die mir berichtet haben, daß die Sicherheitsposten erst in höchster Gefahr geschossen haben, nachdem der Offizier laut zum Zurückgehen aufgefordert hatte, sind mir glaubwürdiger als Herr Braß. Es ist von unabhängiger Seite gerufen worden, Frau Rieh sei gar nicht unten gewesen. (Zuruf: Laut! Jetzt lügen Sie schon wieder! — Ordnungsruf.) Nach der Mitteilung des Abg. Hug hat Frau Rieh aber draussen gereget herumschrien. Ich rufe Sie alle zu Hause an, ob das unwahrscheinlich ist. (Große Heiterkeit.) Der Abg. Hug hat ebenso wie ich seit 20 Jahren die Ehre, Frau Rieh zu kennen. (Rufe rechts: Eine sehr zweifelhafte Ehre! Frau Rieh ruft dem Präsidenten zu: Und das lassen Sie hingehen?) Herr Jubel ist auch unten gewesen, ist auftraglos schimpfend herumgerannt und hat den Sicherheitsposten zugerufen:

„Ihr laßt und 20 Millionen und wollt auf das Volk schießen? Ihr solltet Euch schämen, ihr Lämmer!“

(Abg. Jubel: Ich fordere den Abg. Hug auf, vorzutreten, hier stehe ich! — Präsident Fehrenbach: Das Recht, einen Abgeordneten vorzurufen, hat nur der Präsident.) Herr Jubel wird nicht behaupten, daß diese einwandfrei festgestellten Äußerungen zur Verächtlichung beigetragen haben. Wenn Herr Jubel heute von den Anherkommen, die er gestern getan hat, nichts mehr weiß, so mundert mich das bei ihm nicht. (Abg. Geber: Der echte Heine!) Ich quittiere diesen Zuzustutzen mit der Ruhe, die mir die Anerkennung meiner Glaubwürdigkeit und Ehrenhaftigkeit von Abgeordneten aller Parteien seit 20 Jahren verschafft. Bei Ihnen (zu den U. Soz.) ist das

Schimpfen und Länschreiben

derartig alltägliche Gewohnheit, daß es den Mangel an wirklichen politischen Gedanken nicht verdecken kann. Ich glaube nicht, daß das auf irgendeinen Menschen von Ehre Eindruck machen wird. (Beifall bei der Mehrheit. — Lärm bei den U. Soz. — Präsident Fehrenbach: Das letzte war keine persönliche Bemerkung.) (Heiterkeit.)

Abg. Frau Rieh versucht von ihrem Platz aus zu sprechen. Es wird förmlich verlangt, daß sie von der Tribüne aus spricht. (Präsident Fehrenbach: Frau Rieh, die Herrschaften nehmen ein so lebhaftes Interesse an Ihren Ausführungen, daß ich Sie bitte, von hier oben zu sprechen. Stürmische Heiterkeit. Deltige Zwischenrufe des Abg. Heine: Das ist ein Dolch auf das Frauenwahlrecht! Präsident Fehrenbach: Herr Abg. Heine, Mangel an Humor ist keine Sünde und Schande, aber ein Unglück für die Umgebung. Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Frau Rieh: Ich finde es unerhört, daß der Präsident mich in dieser Art und Weise vorzugehen wagt, aber er tut das, weil ich Mitglied der unabhängigen Partei bin. (Große Unruhe.)

Präsident Fehrenbach: Frau Rieh, ich habe heute morgen von dem Minister verlangt, daß er von dem Rednerpult aus spricht, und habe auch das Recht, dies von Ihnen zu verlangen.

Frau Rieh: Ich stelle fest, daß der Präsident im Befehlsstand (siehe oben! Red.) von seinem Recht Gebrauch gemacht hat. Im übrigen gebe ich zu, daß ich draussen gewesen bin, um zu reden. Ich bin aber nicht dazu gekommen. Ich stehe durchaus zu meinen Taten. (!)

Abg. Jubel: Es ist mir gleichgültig, ob der Minister Heine mit Glaubwürdigkeit zuzustutzen oder nicht. Ich habe mich verpflichtet gefühlt, draussen zu sein, um das Blutbad zu verhindern.

Minister Heine: Gegenüber den Äußerungen der unabhängigen Redner stelle ich fest: keiner von ihnen hat den Umständen hervorgehoben, daß die Sicherheitsleute

erst blutig geschlagen und entworfen worden waren, ehe der erste Schuß fiel. (Stürmische Zustimmung im ganzen Hause. — Die Unabhängigen schweigen.) Wenn der Abgeordnete Jubel bezugnehmend wirken wollte, dann wäre er am besten hier oben geblieben; denn man weiß doch, daß er

zu schimpfen pflegt, wenn er den Mund aufstut.

Er hat freilich aufgefordert, nicht zu schießen. Hätten die Sicherheitsleute dem entsprochen, dann wären in ein paar Sekunden die Gewehre in der Hand der Menge gewesen. (Widerpruch bei den U. Soz.) Wer hat denn hier ins Haus hineingehoffen? Es ist doch einfach eine Entstellung, wenn Frau Rieh und Jubel versichern, daß die Angriffe von den Massen ausgegangen sind. (Stürmische Zustimmung im ganzen Hause.) Dieser Verschleierung halten wir unsler gutes Gewissen entgegen und verzichten darauf, Frau Rieh und ihre Freunde zu überzeugen. Das ganze Haus hat zweifellos die Darstellung der Unabhängigen als unmaßstäblich empfunden. (Anhaltende Zustimmung.) Das Vorgehen war notwendig zum unmittelbaren

Schutz der Volksherrschaft.

(Beifällige Zustimmung.) Gellern habe ich mich persönlich mit aller Entschiedenheit dafür eingesetzt, daß nur im äußersten Falle von der Waffe Gebrauch gemacht wird. Die Folge davon sind Verwundungen der Sicherheitsleute gewesen; auch für diese habe ich heute morgen die Verantwortung übernommen, in der Absicht, auch den Schein jeglicher Proklamation von der Regierung abzulenkten. Das Ergebnis ist in der Tat, daß kein Mensch an

das Märchen der Provokation

mehr glaubt. (Beifällige andauernde Zustimmung.) Diesmal ist mich äußerster Zurückhaltung gehandelt worden. Das nächste Mal wird ichärfer vorgegangen. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Frau Rieh: Die Behauptung, ich hätte das Blutbad verschwiegen, ist eine Verleumdung schlimmster Art. (Ordnungsruf.)

Die Drohung des Ministers beweist nur, daß die gestrigen Vorgänge seinen Wünschen entsprechen. (Stürmische Psul-Rufe; zweiter Ordnungsruf.)

Minister Heine:

Wer kann wünschen, daß hier Blut fließt? Ich nicht, unsere Sicherheitsleute wahrhaftig auch nicht, die erst sich haben blutig schlagen lassen, ehe sie zur Waffe griffen. Aber

Sie (zu den Unabh.) haben ja heute nacht mit den Kommunisten schon beraten, wie man das vergossene Blut ausnützen kann für revolutionäre Parteizwecke. (Beifälliger Beifall! Hört! hört! Unruhe auf der äußersten Linken.)

Reichsarbeitsminister Schlieke:

Dr. Geber hat gesagt, ich suche einen Streit dadurch zu verhindern, daß ich entgegen einem Beschluß des Metallarbeiterverbandes dessen Vermögen festhalte. Solange ich hier im Amt bin, gedäre ich dem Vorstand des Verbandes nicht mehr an und habe deshalb gar keinen Einfluß mehr auf die Verwendung seines Vermögens gehabt.

Das Haus verläßt die Weiterberatung auf Donnerstag, den 15. Januar, vormittags 10 Uhr. Schluß 8 1/2 Uhr.

Die Betriebsräteschule.

Im Heim des Wohlfahrtsministeriums (dem ehemaligen Herrenhause) begann gestern der Betriebsrätekursus mit einem einleitenden Vortrag des Ingenieurs Wold: über die betriebswirtschaftlichen Probleme des Räteystems.

Wir lassen, führte der Vortragende aus, den Rätegedanken nicht von der politischen, sondern von der wirtschaftlichen Seite an. Der Frieden macht uns zu einem armen Volk, der Wirtschaftskrieg gegen uns geht weiter, wir haben nur die Wahl, zu arbeiten oder unterzugehen. Wir müssen eine neue Wirtschaft aufbauen, in der alle im Volk noch vorhandenen Kräfte, die Handarbeiter und die Kopfarbeiter, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenschließen. Zum Agrarvolk können wir uns nicht mehr zurückbilden, wir sind gezwungen, uns weiter zum Industrievolk zu entwickeln. Um auf dem Weltmarkt den Konkurrenzkampf bestehen zu können, müssen wir Qualitätsleistungen bieten. Die zukünftige Wirtschaft in Deutschland wird leider im Zeichen des „Amerikanismus“ stehen müssen, noch mehr als bisher werden wir das Tempo unserer Erwerbsarbeit zu steigern haben. Kleinbetriebe müssen wir aufbauen, die sich der vollendetsten Arbeitsmethoden bedienen. Aber auch die Entwicklung von Spezialbetrieben werden wir erleben, und sie wird das Berufsrisiko des Arbeiters stark beeinflussen. Das ist der tiefe Sinn des Rätegedankens, daß diese neue Wirtschaft ohne die engste Anteilnahme der Schaffenden nicht möglich ist. Es bleibt kein anderer Weg als der, Handarbeiter und Kopfarbeiter als freie Menschen in das neue Wirtschaftsleben einzugliedern. Ohne das Räteystem können wir überhaupt zu keiner ertragreichen Wirtschaft kommen.

Der sich aber als Betriebsrat mit den Unternehmern an den Verhandlungstisch setzen will, der muß ihnen gewachsen sein. Er muß verfügen über das ganze Rüstzeug der „wirtschaftlichen Staatskunst“, das die Unternehmer sich in Jahrzehnten zu schaffen verstanden haben. Unsere Gewerkschaften, so vorzüglich sie auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages geleistet haben, konnten mit diesen Problemen des Betriebes nicht fertig werden, weil sie in Kleinarbeit sich aufbrauchen mußten. Die Betriebsräte werden sich um zwei Gruppen von Problemen zu bemühen haben, um die Lebenshaltung des Arbeiters und um die Produktionssteigerung. Dafür haben wir nach wie vor zu kämpfen, daß auch in der neuen Wirtschaft die Lebenshaltung des Arbeiters erträglich bleibt. Wir tragen aber auch die Verantwortung für die Ausgestaltung der Wirtschaft, für die Steigerung der Produktion. Gegen Lohnforderungen wehren sich Unternehmer oft mit dem Hinweis auf angebliche Rentabilitätsgefährdung. Wollen die Betriebsräte das prüfen, so müssen sie die Produktionskontrolle und das Kalkulationswesen verstehen. Diese Wissenschaft, die bisher nur in den Hörsälen der Hochschulen gelehrt und in den Büreaus der Unternehmer angewandt wurde, muß jetzt von den Betriebsräten studiert werden. Der Rätegedanke wird zu einer Schwadronenwirtschaft herabgewürdigt, wenn weiter nichts mitgebracht wird, als die Fäähigkeit, „radikale“ Reden zu halten. (Zustimmung.) In Lohnkämpfen hat sich oft gezeigt, daß mancher, der draussen „radikal“ geredet hatte, im Verhandlungszimmer die bescheidenste Figur machte. (Beifällige Zustimmung.) Wer nicht das Gebiet der von den Unternehmern aufrechterhaltenen ausgebildeten Produktionsstatistik beherrscht, wird von ihnen über den Löffel harbiert und kann die Interessen seiner Arbeitsslegen nicht mehr vertreten. Auch um die Einstellung und Entlassung werden wir uns zu kümmern haben. Wir denken nicht daran, diese wichtige Recht preiszugeben. Dabei muß uns das bisher nur in den Personalakten der Unternehmer bearbeitete Problem beschäftigen, daß jeder Arbeiter und Angestellte an den richtigen Platz kommt. Den Luxus unserer Wirtschaft sich nicht mehr gestatten, daß Arbeitskräfte am falschen Platz unweidmähig verwendet werden. Wir werden auch dafür zu sorgen haben, daß die neue Wirtschaft mit den besten Produktionsmitteln arbeiten kann. Der Sozialismus kommt nicht, wenn er sich nicht über den Kapitalismus hinaus entwickelt. Die sozialistische Wirtschaft muß sich auf die besten Produktionsmethoden stützen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann man das Taylor-System in Zukunft nicht mehr bekämpfen. Die Betriebsräte haben die verantwortungsvolle und unendbare Aufgabe, alle Methoden zur Erhebung der Arbeitsleistung zu prüfen und die Arbeitsgenossen zur Anwendung des Besseren zu bewegen. Mit dem früheren unwirtschaftlichen Kräfteverschleiß können wir nicht weiterwirtschaften. Daraus über das Taylor-System, das nur die besten Arbeitsweisen sucht, geht die planvolle Berufsberatung, die mit den Hilfsmitteln der Experimentalphysikologie die Eignung der Menschen ermittelt. Die Anpassung des Arbeiters an den veränderten Arbeitsprozeß ist ein wichtiges Problem auch für die Betriebsräte.

Die Betriebsräteschule wird alle diese Fragen in den Spezialkursen behandeln, die den jetzt zunächst abzuhaltenden Kursen über allgemeine Fragen folgen werden. Diese heute eröffnete Schule ist ein erster Akt der Selbsthilfe, später wird aber die Ausbildung der Betriebsräte eine Angelegenheit des Staates werden müssen. Denn die Betriebsräte sind nicht Privatpersonen, sondern haben öffentlich-rechtliche Funktionen auszuüben. Viele Unternehmer sagen: „Laßt sie doch das Betriebsrätegesetz so radikal ausgestalten, wie sie wollen, die Arbeiter sind ja doch so unfähig, daß sie uns keinen Schaden tun können.“ Dem gegenüber wollen wir dafür sorgen, daß das „Räteystem“ in unserem Sinne gestaltet wird, und daß wir uns mit allem Rüstzeug ausstatten, damit es die Belastungsprobe besteht. Wir müssen verhindern, daß ein Mißerfolg sofort die Betriebsräte schwer diskreditiert. Der Erfolg wird unser sein, das hoffen wir. (Beifälliger Beifall.)

Groß-Berlin

Schwarzblaue Bolschewisten.

Bolschewismus ist im letzten nichts anderes als die Verzweiflungskampf ungerichteter Größenbewußtseins, ethisch-pathetisch verbrämter Rechtsbruch von Rechtsabern, Endzielromantik mit der Cowboy-Geste. Durchaus keine ausgesprochen proletarische Sache, im Gegenteil zarisch-preussischer Gefühlslust. Klein-Tschunlauer Domänengebüsch.

Wenn z. B. in der Dienstaufsicht der Nationalversammlung ein deutschnationaler in bezug auf unabhängige Mitglieder des Hauses losfährt: „Schmeißt sie hinaus!“ so unterscheidet sich die geistige Verfassung dieses Ordnungsbolschewisten von der der Angreifer draußen nur durch den Mangel an persönlichem Mut und durch das Fehlen mildernder Umstände. Im übrigen ist es das gleiche: Verachtung des Wesens der Volksvertreter als Vollstrecker des Gemeinwillens, verschärft durch die Beschimpfung der eigenen Würde.

Nach ein anderes vom gleichem Holze: Die Kunst ist von den Fesseln der Zensur befreit. Im „kleinen Theater“ wird Lautensack's „Farrhauskomödie“ gegeben. Die Tragikomödie des Pöhlbats, tausendfach bestätigt durch das Leben. Ernst, wahr, innerlich und echt menschlich gestaltet. Den Muckern (zweiterlei Geschlechts ohne Selbstbewußtsein) gefällt das nicht. Sie brauchen zwar nicht hinzusehen, tun es aber und besitzen die Frechheit, das Publikum um sein Recht auf die Vorstellung zu pressen. Sie pfeifen auf Hauschlüssel und verlassen sich kräftig auf die Anständigkeit von Zeitgenossen, die von der hier einzig wirksamen Ueberzeugungskraft ungedämpfter Maulschellen aus Reinlichkeitsgründen Abstand nehmen. Sie glauben, der Konflikt sei nicht da, wenn er — auf der Bühne wenigstens — unter der Soufane gehalten wird; vielleicht glauben sie auch gar nichts und pfeifen nur.

Wie lange noch? Wahrscheinlich ist es im Lande eines Goethe erst notwendig, ein Gesetz anzuarbeiten, das die Weidwasserbolschewisten dazu anhält, sich im Theater still auf ihr Gehirn zu setzen.

Groß-Berlin im Ausschuß.

Der Ausschuß der Preussischen Landesversammlung für den Gesetzentwurf Groß-Berlin nahm am Mittwoch zunächst die §§ 3 und 4 an, durch die der Zweckverband Groß-Berlin aufgelöst wird. § 4 handelt von der Auseinandersetzung der Stadtgemeinde Groß-Berlin mit den Kreisen Teltow, Niederbarnim und Odessa. Alle dazu gestellten Anträge wurden abgelehnt und § 4 nach der Regierungsvorlage angenommen.

Die §§ 5 und 6 handeln von dem Schiedsgericht, das die Höhe der Entschädigung für die Restverbände festsetzen soll. Hier wurde nach längerer Debatte beschlossen, daß dem Vorst. im Schiedsgericht nicht, wie in der Vorlage vorgesehen, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Groß-Berlin, sondern der Präsident des Oberverwaltungsgerichts führen soll. Die §§ 7 und 8 handeln von der Wahl der Stadtverordneten und der Einteilung der Wahlbezirke. Hierzu lag ein Antrag Heilmann (Soz.) vor, der die ganze Wahlbehandlung auf eine neue Grundlage stellen wollte. Danach sollen in den Wahlbezirken von jeder Liste so viel Stadtverordnete gewählt sein, als auf diese Liste 7000 Stimmen entfallen sind. Die überschüssigen Stimmen sollen für jeden Wahlvorschlag für ganz Berlin zusammengefaßt werden und danach jeder Wahlvorschlag auf eine Stabilität wiederum soviel Stadtverordnete haben, als in dieser Gesamtsumme 7000 Stimmen entfallen sind. Auch ein Rest von mehr als der Hälfte soll noch ein Stadtverordnetemandat ergeben. Der Antrag wurde von allen Parteien beifällig begrüßt und zur genaueren Feststellung der Zahl dem Unteramt übergeben. Zu § 9 beantragte Abg. Leib (N. Soz.), die Wahlperiode von vier auf zwei Jahre zu verkürzen oder mindestens alle zwei Jahre die Hälfte aller Stadtverordneten auszuwählen zu lassen. Der Antrag wurde abgelehnt, es bleibt also bei den vier Jahren der Regierungsvorlage.

Sozialistische Bildungsschule.

In den Vororten finden im 1. Quartal d. J. folgende Vortragsreihen statt:

1. **Reutheim.** Vortragstafel: Albrecht-Dürer-Oberrealschule, Adlerstr. 137. Beginn: Sonntag, den 18. v. m. 10 Uhr (8 Abende). Vortragender: Edwin Barth über Volkswirtschaft.
 2. **Tempelhof-Mariendorf.** Vortragstafel: Aula der 2. Gemeindefschule, Werderstraße, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße. Beginn: Montag, den 19. 7 Uhr (8 Abende). Vortragender: Redakteur Kuttner, Rednerhaus.
 3. **Widau.** Vortragstafel: im Kasino. Beginn: Montag, den 20. 7 Uhr (8 Abende). Vortragender: Genosse Bahke über Grundbegriffe des Sozialismus.
 4. **Adlershof.** Vortragstafel: Reichenaal der 2. Gemeindefschule, Kadixstr. 10. Beginn: Donnerstag, den 22. 7 Uhr (8 Abende). Vortragender: Dr. Lohmann über Volkswirtschaft.
 5. **Reinickendorf.** Vortragstafel: Aula der 5. Gemeindefschule, Auguste-Viktoria-Allee 38. Beginn: Donnerstag, den 22. 7 Uhr (8 Abende). Vortragender: Genosse Kabeitz über Volkswirtschaft.
 6. **Steglitz.** Vortragstafel: Aula der Realschule, am Stubenrauchplatz. Beginn: Donnerstag, den 22. 7 Uhr (8 Abende). Vortragender: Genosse Sauer über Volkswirtschaft.
 7. **Lichtenberg.** Vortragstafel: Schulaula, Kronprinzenustr. 10. Beginn: Freitag, den 23. 7 1/2 Uhr (8 Abende). Vortragender: Dr. Eichauer über Verfassungswesen und Verfassungskämpfe.
 8. **Charlottenburg.** Rednerhaus; Vortragstafel und Beginn der Vorträge werden noch bekanntgegeben.
 9. **Friedrichshagen.** Vortrag über Verfassungswesen und Verfassungskämpfe. Vortragstafel und Beginn der Vorträge werden noch bekanntgegeben.
 10. **Pankow.** Vortragender Dr. Bendiner: Erläuterung Programm. Vortragstafel und Beginn der Kurse wird noch bekanntgegeben.
- Hörerkarten zum Preise von 4 M. sind zu haben bei den Deputierten der Bildungsvereine und den Vertrauensleuten.

Woher kommen die Kartoffeln?

Zu der in der Morgenausgabe vom 10. d. Mts. gebrachten Notiz unter obiger Ueberschrift ist eine Verichtigung erschienen. Zu dem von uns gemachten Zusatz wird uns folgende Verichtigung gesandt:

Es ist nicht richtig, daß drei Wagen zur Fortschaffung der 15 Zentner verdorbenen Kartoffeln gestellt worden sind. Vielmehr wurde dazu nur ein Wagen benutzt, welcher nur eine Tragfähigkeit von höchstens 20 Zentnern hatte.

Der gestörte Telegrammverkehr, infolge der organisierten Störaktionen im inländischen Telegrammverkehr, die die Leitungsstörungen verschlimmert, so daß die meisten Verbindungen Berlins mit den größeren Zentren im Westen und Südwesten des Reiches fehlen und große Telegrammverzögerungen sowie umfangreiche Verbindungen der Telegrammzentren mit der Post unbenutzbar geworden sind. Im Auslandsverkehr machten sich die verbreiteten Leitungsstörungen bemerkbar, besonders im Verkehr mit England, Holland, Frankreich, Schweiz, Italien, Oesterreich. Voraussichtlich wird sich jedoch die Lage heute etwas bessern.

Im Fernsprechnetz waren Mittwoch vormittag noch 110 Berliner Fernleitungen gestört. Keine Verbindung bestand mit Köln, Essen, München.

Zur Beruhigung der Eltern, die Kinder zu einem Erholungs-aufenthalt in die Schweiz senden, wird mitgeteilt, daß jedes Kind vom Ausfuhrzoll der Deutschen Grenzbehörde in Bern eingetroffen ist, daß die Eltern aus dem Grunde seit vier Wochen noch keine Nachricht von ihren Kindern erhalten haben, weil aus einem Versehen die gesamte Kinderpost seit Mitte Dezember in Kreuzlingen liegen geblieben ist, jetzt aber zur Weiterbeförderung über die Grenze geschickt wurde, so daß sie demnächst in Deutschland eintreffen wird.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß durch das Lawinenunglück in Davos keinem einzigen Kind etwas zugefallen ist und sich alle Kinder wohl befinden.

Vermischte Lokalnachrichten.

In der letzten Zeit wurde wiederholt der Versuch gemacht, die die ausgegebenen Vermordungsnoten, die insbesondere den holländischen Kreuzen ausbehalten sind, hier in den Verkehr zu bringen. Von zuständiger Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine Umwechslung oder Einlösung dieser Noten nicht erfolgt, und daß diese Noten nicht als Geld anzusehen sind.

Durch große Fahrlässigkeit eines Militäranwalts wurde am 8. Dez. mittags 1 1/2 Uhr, vor dem alten „Café des Weltens“ der Kunstmaler W. G. aus Charlottenburg überfahren. Jungen werden dringend um Angabe ihrer Verbindung mit genauer Kennzeichnung an das Bureau der Rechtsanwältin Frau Kallischer und Valentin, Kurfürstendamm 223, gebeten.

Eine vollständige Aufnahme des Personenhandes findet auf Grund der Reichsstatistik für die Stadt Berlin am 30. Januar d. J. statt. In diesem Zweck sollen die nach den Bestimmungen des statistischen Erfassungsgesetzes vorbereiteten Vorarbeiten mit der Hauptstadtverwaltung finden, daß nicht der Personenhand, wie angegeben, vom 15. Oktober 1919, sondern wie er am 30. Januar 1920 besteht, Aufnahme zu finden hat. Emissarien Hausbesitzer oder ihren Stellvertreter werden durch die Steuerbehörde der erforderlichen Vorarbeiten zugeführt. Die Abholung der gehörig auszufüllenden Blätter erfolgt ebenfalls durch die Steuerbehörde vom 22. Januar d. J. ab.

Wilmersdorf. Die Volkshochschule eröffnet das Winterquartal am 10. Januar mit 15 Vorlesungen und 5 von der Höreorganisation gewünschten Arbeitsgemeinschaften. Es sind vorgesehen:

1. Vorlesungen: Schubert: Die Reichsverfassung der Deutschen Republik, Berger: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Hallström: Die Großmacht der Wirtschaftsgewalten, Reigel: Das moderne soziale Drama, Goethe: Goethes Faust, Sternfeld: Die Deutsche Oper, Krogmann: Hauptströmungen der modernen Kunst, Baumler: Grundzüge der Philosophie Kant's, Klose: Einführung in die Geologie, Oppermann: Die Vererbungslehre und ihre praktische Bedeutung, Lemke: Rom Sehen und Hören, Busse: Chemie in Küche und Haus, Stolp: Verhalten bei plötzlichen Erkrankungen, Eichhorn: Bilder aus dem Leben der Naturdichter, Giese: Der Reich der Essart und seine Kultur.
 2. Arbeitsgemeinschaften: Ebin: Pädagogische Fragen der Gegenwart, Schulze: Experimentellphysik, Heinitz: Mathematik (Fortsetzung), Rose: Mathematik (Einführung), Dieder: Richtiges Deutsch in Schrift und Rede.
- Hörerkarten zu 5 Mark für jede aus 8 Doppelstunden bestehende Vortragsreihe in der Geschäftsstelle und den bekannten Verkaufsstellen. Kriegsbeschädigte und Erwerbslose erhalten die Karten unentgeltlich. Auskunft erteilt die Geschäftsstelle, Rathaus, Brandenburgische Str. 2 II, Zimmer 38, Dienstag und Freitag 3-5 Uhr.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Die Regimentsküche werden am 20., 21., 27. und 28. Januar in den holländischen Markthallen, nachmittags von 2 bis 4 1/2 Uhr, verkauft. Die Güter werden nur gegen Abgabe der ausgegebenen Gutsbezugskarten veräußert.

Friedrichshagen. Als Ersatz für die ausfallende Kartoffelration 400 Gramm Kartoffelstärke.

Groß-Berliner Parteinaachrichten.

Eine Konferenz der in der Jugendbewegung tätigen Genossen findet am Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, im Jugendheim, SW 68, Lindenstr. 3, Hof 11, 3 Tr., statt. Vortrag des Genossen Albrecht über: Die praktische Mitarbeit der Erwachsenen. Verteilung der Arbeit.

24. Abt. Freitag, 7 Uhr, Funktionärsitzung bei Singer, Ehrlichberger Ecke Wilmersdorf.

Jugendsozialistische Vereinigung S. V. D. (Ortsgruppe S. 4. B.) heute 7 1/2 Uhr im Saal der Jungmännlichen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Kaufmannshaus. Gäste willkommen. Nächste Versammlung der Ortsgruppe Osten am kommenden Donnerstag.

Vereinigung der sozialdemokratischen Beamten u. Angestellten der Verwaltungsbehörden. Vertrauensmännerversammlung 10. Jan., nachm. 4 Uhr, im Büchermagazin, 1 Tr., Anhalterstr. 12. Tagesordnung: 1. Wahl eines Vertreters in den Bezirksverband; 2. Bericht aus dem Bezirksverband; 3. Bericht über die Tätigkeit der Vertrauensleute (auch sozialdemokratischer Mitglieder der Ausschüsse) der einzelnen Behörden ist dringend erforderlich. — **Verbandsrat für Post und Telegraphie.** Gruppe 10. Freitag 8 Uhr bei Schmidt, Teltower Str. 15, Vertrauensmännerversammlung für die Bezirksämter 2, 12, 19, 29, 47, 48, 61, 68, 77.

Vollversammlung der Reichsdruckerei, Tempelhofer Park, Mariendorf, Sonnabend 8 Uhr im Restaurant „Zur Hartburg“, Frankfurter Allee 165, Versammlung für alle Angehörigen des Post- und Telegraphenbetriebes der Postämter Wilmersdorf, Rummelsburg, Friedrichshagen, Prenzlauer Berg, Mariendorf und Köpenick. Tagesordnung: Die französische Revolution von 1789 und die heutige Zeit. — **Reiner Gen. Telch.**

Königsberg. Verbandsversammlung der sozialdemokratischen Beamten. Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Sitzungssaal der Polizeidirektion, 7 II, erste Redebühne für die Vertrauensleute. Thema: Die letzte in eine Versammlung.

Reutheim. Elternversammlung für die 7. und 8. Gemeindefschule, Werderstraße, Freitag 7 Uhr, in der Turnhalle, Kottbuser Straße. Eltern, die auf dem Boden der S. V. D. stehen, sind herzlich eingeladen.

Tempelhof-Mariendorf. Sonnabend 7 Uhr, Volks-Gesellschaftshaus: Dinstag der Jugendorganisation unter Mitwirkung des Jugendvereins, anschließend Tanz. Einlass 9 1/2 Uhr.

Wilmersdorf. Heute 7 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung in der Aula der Lindendamm-Oberrealschule, am Seepark 30. Tagesordnung: 1. Wahl des Kassierers. 2. Wahl eines Stellvertreters. 3. Mitteilungen über die Elternvereinsarbeiten. 4. Referat des Genossen Dr. Löwe vom Reichswirtschaftsministerium über die wirtschaftliche Lage. 5. Diskussion.

Niederbarnim-Land.

Bezirkskonferenzen. Sonnabend, Bezirk 3, abends 7 1/2 Uhr, bei Pfortsch in Buch, Bahnhofsstr. 6. Bezirk 5, abends 6 Uhr, bei Helme in Fiedersdorf, Schwarzer Weg. — Sonntag, Bezirk 1, nachmittags 3 Uhr, Restaurant „Waldhaus“ zu Hermsdorf, am Wasserurm. Bezirk 2, nachmittags 1 Uhr, Lokal von Schulz in Hasdorf, am Bahnhof. Bezirk 4, nachmittags 9 Uhr, Lokal von Schneider in Ahrensdorf. Bezirk 6, nachmittags 10 Uhr, im Lokal „Zur Post“ in Gröden, Berliner Straße 3.

Da in allen Konferenzen Stellung zu der Frage der Einwohnerehren genommen werden muß, ist zahlreiche und pünktliche Beteiligung dringend notwendig. Der Kreisvorstand.

Jugendveranstaltungen.

Zentral-Jugendheim, Lindenstr. 3. Heute 7 Uhr: Schach- und Brettspieltage. — **Abt. Gesundbrunnen,** Lokal Boje, Kolonnenstr. 15. Heute: Vortrag über Erziehung und Kunst. — **Abt. Reinickendorf,** Turnhalle, Roonstr. Heute 8 Uhr: Handarbeitsabend. — **Abt. Friedrichshagen,** Berliner Str. 31. 7 Uhr: Diskussionsabend. — **Abt. Schönehauser Vorstadt I,** Sonnenberger Str. 20 (Schule). 7 Uhr: Mitgliederversammlung. — **Abt. Segnitz-Friedenau,** Lokal Clement, 7 1/2 Uhr: Diskussionsabend: Was sind wir Sozialdemokraten?

Aus aller Welt.

Das Hochwasser.

In Köln scheint es, als ob das Anwachsen des Rheins bald zum Stillstand kommen wird. Aus Koblenz und Brügge wird ein weiteres Steigen gemeldet, doch hofft man, daß die Höchstmarke bald erreicht ist. Trotzdem werden in Köln Vorbereitungen getroffen. Mehrere Schulen stehen bereit zur Uebernahme Obdachloser. Die britische Militärbehörde hält ein Pioneer-Commando für etwaige Notstände in Bereitschaft. Die Rheinländer sind alle überaus unruhig. Der Rhein ist weiter gestiegen und hat schon die ganze Niederung in Frankfurt zwischen dem Main und der Roedersgasse übersflutet. Wie ein Gebirgsstrom rauscht das Wasser durch die Brücken, rechts und links die Ufer überslutend. Bierschiff wurden in der Altstadt: Ratbrücken erreicht. Die Kanäle in den niedrig gelegenen Straßenteilen sind schon gestern verstopft worden, um ein Entreten des Wassers in diese engen Gassen solange wie möglich hinauszuschieben. Voraussichtlich wird das Wasser des Rheins noch um einen Meter steigen, so daß also mindestens der Wasserstand die Höhe von 1000 erreichen wird. Seit Obermain wird immer noch Steigen gemeldet.

Kauf eine „Wiedergutmachung“. Wie die „Daily Mail“ berichtet, ist es nach dem Krieg eine Unmöglichkeit, in England eine Uhr reparieren zu lassen; die geschickten Uhrmacher sind scheinbar alle im Felde geblieben oder nicht zum Handwerk zurückgekehrt. Es ist ja auch heute so viel leichter Geld zu verdienen, als bei einer Tätigkeit, die langjährige Übung erfordert. Die Juweliere besaßen sich ungern mit Reparaturen dieser Art oder behielten die Uhren wochenlang in Arbeit. Was geschieht also? Die Patienten werden nach Deutschland gebracht und zwar vornehmlich nach Köln, und wer gerade die Reise dorthin antritt, hat meist ein ganzes Warenlager schadhafter Uhren bei sich, die ihm von guten Freunden und Bekannten mitgegeben werden. Denn das ist doch nur recht und billig, daß Deutschland auch diesen Kriegsschaden wieder gutmachen muß.

Zum Lawineneunglück in Davos tollt und der dortige Verkehrsverein berichtet mit: Am 23. Dezember nachmittags, zwischen 2 und 3 Uhr, lösten sich infolge ungeheurer Schneefälle an Schindhorn Staublawinen. Der eine Teil ging gegen die jüdische Heilstätte Etania (früher Hotel Excelsior) und Villa Eurlava. Während der Rettungsarbeiten ging eine zweite Lawine nieder, begrub 3 m. Rettungssleute, die nur tot ausgegraben werden konnten, und beschädigte diese Häuser im Innern stark, während die Außenmauern vollkommen unversehrt blieben. Von Ausgängen wurde niemand verfehlt, alle Insassen konnten ohne größere Verletzung gerettet werden. Ein anderer Teil der zweiten Lawine ging gegen das Sanatorium Davos-Dorf und die Pension Germania und zum Teil das Pensionatium, auch hier die Gebäude im Innern stark beschädigt, während die Außenmauern intakt blieben. Im Sanatorium Davos-Dorf wurden eine Krankenschwester und ein russischer weiblicher Kurgast getötet, die Sekretärin schwer verletzt, in der Germania ein Kind (Tochter des Arztes) schwer verletzt, im Pensionatium die Tochter des Arztes verletzt. Weitere Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Eine weitere Lawine ging außerhalb Davos am See nieder, demolirte einen Stall und tötete zwei Anrechte. Die Unglück konnte sich nur infolge der gähehlich anomalen Witterungs- und Schneebeschaffenheit ereignen. Für den Kurort besteht nicht die geringste Gefahr.

Ueber Nord gestiftet wurden fünf Passagiere des Postdampfers Döber-Ostend; sie sind ertrunken. Zahlreiche Passagiere wurden verletzt.

Briefkasten der Redaktion.

Sprechzeiten der juristischen Sprechstunde: Montag, Freitag und Sonnabend 3-5 Uhr; Dienstag, Mittwoch, Donnerstag 4-7 Uhr.

Beilage 100. Die Verlagsstelle befindet sich in der Schule hinter der Garnisonkirche. — **G. R. 95.** Wenden Sie sich an das Portamt. — **G. R. 25.** Legen Sie in einen alten Topf oder in eine mit Blech ausgelegene Kiste alte Wollspinn und schütten Sie hinein; das Gedächtnis wird sich dann entwickeln sich zunächst fester, dann Reklamieren. 2. Sa; ordentlich kopieren und mit Calminat abreiben. — **N. 14.** 1. Eigenlich gar keiner. 2. Diskant: Andersdenkender; Konfessionlos: keiner. — **W. R. 73.** Fragen Sie mal bei der Zentralstelle vom Polen Streng, W 35, am Karlsbad 23, an.

Glühlampen zur Miete

gegen geringe Monatsgebühr; auf Wunsch auch gasgefüllte Metalldrahtlampen mit und ohne Armaturen. Die Lampenmiete für ein ganzes Jahr beträgt ungefähr soviel, wie der halbe Ladenpreis einer Lampe, denn ausgebrannte Lampen werden von uns ohne Mehrkosten ausgewechselt. Wöchentliche Lampenkontrolle. Instandhaltung von Gasglühlicht-Anlagen im Abonnement. Man verlange unverbindlichen Vertreterbesuch und überzeuge sich von den vorteilhaften Bedingungen. **Fabrik für Glühlichtbedarf, Abonnementsabteilung, Berlin O 17, Fernspr. Königsstadt 8233.**



Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Salome. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Wilhelm Tell. Anfang 6 1/2 Uhr.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7 1/2 Uhr: Der Schwarzkünstler. Lessing-Theater. Direktor: Victor Barnowsky. 7 1/2 Uhr: Pygmalion.

Schall u. Rauch im Großen Schauspielhaus. Gussy Hall, Mady Christians, Paul Graetz, Friedr. Hollaender, Hilde Gad.

Circus Busch. 7 1/2 Uhr: Gr. Circus-Programm! U. a. Burgos-Co., Resua u. Ass., 2 Lansons, O'Leary. Aphrodite.

Spezial-Abteilung Uniformenfärben, in Zivil umarbeiten. Wenden, Umarbeiten, Neuarbeiten. Stoffneheiten, Stoffausstellung.

Meine großen Möbel-Läger mit Speisemöbeln, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- u. Stoffmöbeln.

Königgrätzerstraße. Komödienhaus Sie. Berliner Theater. Bummel-Studenten. Central-Theater. Fräulein Puck.

Apollo-Theater. An einem Abend Heros Carran. 4 Uessem's Sensations-Akrobat.

Volksverband der Bücherfreunde. Beethovenaal, 17. Jan., 7 1/2 Uhr abds. Goethe-Abend. Hertha Dehmlow, Friedr. Kaybler.

Adolf Friedländer & Co., Edelmetalle. Berlin S 14, Kommandantenstr. 29. Chlorodont Zahnpaste.

Rum Cognac. Quecksilber Mark 70.-. Berliner Sitzmöbel-Industrie.

Eden-Theater. U. A. W. G. Gretchen. Kleines Theater. Die Pfarrhauskomödie.

2 Ottkars. 4 Sternas. Radrennen auf der Bühne. Meinhardt Maur.

Kapitalanlage. Gothaer Lebensversicherungsbank. 2 Milliarden Mark.

Möbel gegen Bar und Teilzahlung. M. Landwehr, Mälzerstr. 7, 1.

Humor-Quartett. 1000 Mark. Stellenangebote.

Die kleine Hohlheit. Die lustige Witwe. Eine Ballnacht.

Casino-Theater. Schniepels Lene. Winter-Garten. Varieté-Spielplan.

Höchste Preise über Tageskurs. Platin-Gold-Silber. Metallkontor.

Alte Gebisse! Kein gewöhnl. Platinzahn unter 8,50 M. Platin Gramm 140,- M.

Parteisekretär. Redakteur. Thüringer Volksfreund, Sonneberg.

Residenz-Theater. Max und Moritz. Evchen Humbrecht.

Admirals-Palast. Die lustige Puppe. Admirals-Kino. Die lebende Tote.

Gehen Sie schlecht? Fußkorsett „Glohetrotter“. W. Ruge, Georgen-Kreuzstraße 27.

Verkauf an Private! Rote + Lotterie. Ziehung 20. u. 21. Jan. 100 000, 50 000, 10 000.

Jüngere Kontoristin. Zeitungs-Zentrale (Z. Z.). Botenfrauen.

Trianon-Theater. Rotkäppchen. Maskerade. Rose-Theater.

Theater am Moritzplatz. Die lustige Woche. Die Puppe. Ossi Oswaldi.

Brillanten Juwelen. Brillanten Perlen. Das Christusproblem gelöst! Sehen wollen: Vor 1800 Jahren!

Angestellte. Zahngebisse. Alter Schmuck. Silbermünzen.

Krankenschwestern. Hobstaum-Stenperin. Zickzack-näherinnen.

ATLANTIC DIELE. KURFÜRSTENDAMM. WIEDER ERÖFFNET.

Juwelier Siegel. Brillanten von höchstem Feinwert. Perlen.

Blei! Zinn! Weißblei! alle Feinbearbeitung.

Grnamenten-Klempner. Norddeutsche Kählerfabrik. Tempelhof.

Die Spaltung im Zentrum.

Die starke Opposition des bayerischen Flügels im Zentrum gegen das Drängen nach dem Einheitsstaat hat, wie aus den kürzlich erschienenen Debatten in Bayern, in der alle namhaften bayerischen Zentrumsführer ihre Misstrauen gegen das Reichszentrum und besonders gegen Erzberger ausgesprochen, zur völligen Trennung des bayerischen Zentrums von der Reichszentrumspartei geführt. Die Konsequenz davon mußte das Ausscheiden der bayerischen Zentrumsabgeordneten der Nationalversammlung aus der Zentrumsfraktion sein. In den letzten Tagen hat man mit Eifer versucht, den klaffenden Spalt im Zentrumsturm zu füllen. Diese Bemühungen waren ohne Erfolg. Die Spaltung ist da! Die bayerischen Zentrumsabgeordneten haben in einer von 12 Mitgliedern besetzten Sonderfraktion gegen eine Stimme beschlossen, als selbständige Fraktion aufzutreten. Infolgedessen hat der dem Zentrum angehörige Reichschatzminister Mayer-Kaufmann sein Rücktrittsgesuch eingereicht, weil er als bayerischer Parlamentarier sich nicht in Gegensatz zur bayerischen Partei stellen will. Die oppositionelle Bewegung der bayerischen Katholiken wird noch zu weiteren personellen Veränderungen führen.

Auch in Bayern selbst werden Veränderungen im Zentrum in der Richtung schärferer partikularistischer Radikalisierung stattfinden. Ohne Zweifel ist in Bayern der Partikularismus und die Feindschaft gegen Berlin stärker als jemals vorher. Daraus werden darum noch ernstere Komplikationen entstehen, weil das bayerische Zentrum (Bayerische Volkspartei) in Bayern die stärkste Partei ist und weil die übrigen Parteien in der Frage des Einheitsstaates nicht genügend geschlossen sind, um eine feste Mehrheit verbürgen zu können.

Kohlnot in Württemberg.

Infolge des Eisenbahnstreiks haben die Kohlentransporte von der Ruhr nach Württemberg völlig aufgehört. Die Kohlenausgleichsstelle Mannheim hat um Durchführung der schärfsten Maßnahmen zur Einschränkung auf allen wichtigen Werken ersucht. Da die sämtlichen Betriebe in Württemberg, auch diejenigen, die unter das Notprogramm fallen, schon bisher von der Hand in den Mund gelebt haben, so ist mit Einschränkungsmassnahmen kaum noch etwas anzufangen. Es werden also die Licht- und Kraftwerke und die Industriebetriebe mehr und mehr zum Erliegen kommen.

Auch die Versorgung der Heilanstalten mit Brennstoffen ist auf das Grösste gefährdet. Sehr große Gefahren ergeben sich für die Nahrungsmittelversorgung, zumal da bereits die Lage in einer Reihe von Bezirken sehr bedrohlich ist. Das Landesbrennstoffamt hat die noch unterwegs befindlichen Kohlenvorräte sofort für die Lebensmittelbetriebe sichergestellt, so daß die Industrie völlig von allem Brennstoff entblößt wird.

Befetzung der Abstimmungsgebiete.

Folgende Uebersicht über die Befetzung der Abstimmungsgebiete sowie von Danzig und Memel geht dem B. Z. S. von zuständiger Stelle zu:

1. Schleswig. Ein französisches Bataillon trifft vom 20. bis 22. 1. in Hadersleben und Sonderburg ein, ein englisches Bataillon am 25. 1. zu Wasser in Flensburg.

2. Danzig wird von zwei englischen, einem französischen Bataillon besetzt. Erster Zug trifft Station Brauns 4. Februar ein.

3. Bezirk Marienwerder. Ein italienisches Bataillon trifft 27. 1. in Deutsch-Ohlau ein, detachiert von dort nach Marienwerder und Marienburg. Die detachierten Kompagnien werden in den ersten Februartagen durch je ein halbes englisches Bataillon abgelöst.

4. Bezirk Allenstein. Am 30. und 31. 1. trifft ein Bataillon Engländer in Lyda ein, von dem später 1/2 Bataillon nach Sensburg verlegt wird. Am 4. und 5. 2. trifft ein zweites englisches Bataillon in Allenstein und Osterode ein, das später gleichmäßig auf beide Orte verteilt wird.

Memel wird Anfang Februar von einem französischen und einem englischen Bataillon besetzt.

Oberschlesien wird vom 26. 1. ab besetzt. Die Franzosen beginnen in der Südostseite. Die genaue Verteilung zwischen den Allierten steht noch nicht fest. Jedenfalls wird der südwestliche Teil von den Italienern, der mittlere Streifen von den Franzosen, der nördliche Teil von den Engländern besetzt.

England gegen den Kadefrieden?

Der „Pester Lloyd“ veröffentlicht einen Artikel des hervorragenden englischen liberalen Politikers Arthur Ponsonby, welcher erklärt, daß in den letzten zwölf Monaten sich eine überraschende Wandlung in der britischen öffentlichen Meinung vollzogen habe. Die Engländer sind aus dem wahren Kriegsdrausch erwacht. Sie haben die Verblüffung überwunden, in die die sorgfältige Gewalttätigkeit sie verlegt hatte. Jetzt sehen sie, daß der militärische Sieg ihnen keinen Nutzen gebracht hat. Sie begreifen, daß dieser Krieg für internationale Gerechtigkeit allen früheren Kriegen ausser Gleich, und mit einem Gefühl von Scham haben sie die aggressiven Absichten ihrer Bundesgenossen erkannt, als deren Staatsmänner gierig über die Beute des Sieges herfielen. Er erblickt keine staatsmännliche oder beschreibende Lösung auch nur eines der großen europäischen Probleme, vielmehr sei die Saat mancher Zukunftskriege jetzt ausgesäet worden. So fragen die Engländer an, sich allmählich die Frage vorzusetzen, ob sie nicht gegen den unrichtigen Teil gelämpft haben, als die deutschen. Die Österreichischen die ungarischen und die bulgarischen Bauern und Arbeiter ihre Feinde waren. Es besteht in der Tat ein Grund für die Hoffnung, daß Großbritannien sich noch erheben wird zur hohen Verantwortung seiner Machtposition, daß es noch den richtigen Weg finden wird, um Gerechtigkeit, Erhaltung und Frieden zu schaffen, durch eine gründliche und praktische Abänderung der Verträge, die in Paris von Männern verfaßt worden sind, deren ausschließliche Motive Rache und Ertzumpfung waren.

Odesa bolschewistisch.

Die rumänische Telegraphenagentur Dacia meldet: Es wird amtlich bestätigt, daß die Bolschewiken Odesa eingenommen haben. Der zwischen Odesa und Konstanza verkehrende Dampfer der Armee Demitrius ist aus Konstanza nicht mehr ausgefahren. Die Bolschewiken haben auch Melitopol an der Bahn Quarantow-Schakowsk erobert. Sie wachen drüben, daß die roten Petre den japanischen Truppen in Sibirien gegenüber keinerlei aggressiver Haltung einnehmen werden. Die Bedrohung der Sowjetregierung durch Japan zwinge sie jedoch, ein großes Heer zu unterhalten.

Gegen die Aufrührer — für Demokratie und Ordnung.

Die gestern abend im großen Saale des Kriegervereins abgehaltene Versammlung der sozialdemokratischen Partei- und Betriebsfunktionäre nahm Stellung zu den Vorgängen, die sich am Dienstag am Reichstagsgebäude abspielten und der infolge dessen von der Regierung getroffenen Maßnahmen.

Der Vorsitzende Franz Krüger eröffnete die Versammlung und führte aus: Unter den von der „Freiheit“ veröffentlichten Aufruf zur Demonstration ist nicht nur die Unterdrückung des Bedrohens der Buch- und Steinbrüderarbeiten ohne dessen Wissen geschehen worden, sondern auch die

Unterschriften anderer Verbände sind widerrechtlich gebraucht worden. Die Gewerkschaftskommission hat das festgestellt; und wird das nächste veröffentlicht. Wir hatten die Parole ausgegeben, daß sich unsere Parteigenossen an der Demonstration nicht beteiligen sollten, weil es eine Demonstration für die Rätediktatur sein sollte. Im allgemeinen haben unsere Parteigenossen der Parole Folge geleistet. Es hebt auch seit, doch der weitaus größte Teil der Berliner Arbeiterschaft der Demonstration ferngeblieben ist. Wer die Demonstration gesehen hat, wird feststellen können, daß ein erheblicher Teil der Demonstranten nur der Form wegen mitgegangen ist. Viele sind schon vor 3 Uhr wieder zurückgekehrt.

Was die Veranstalter der Demonstration in Wirklichkeit beabsichtigt haben, das geht aus einwandsfreien Zeugenaussagen hervor. Danach ist in Gesprächen unter den Demonstranten vor dem Reichstags zum Ausdruck gekommen, daß man auf jener Seite von vornherein

mit blutigen Zusammenstößen gerechnet

und offenbar darauf hingearbeitet hat, daß es zu solchen Zusammenstößen kommt, die den Drahtseilern der Veranstaltung zur Erreichung ihrer Zwecke erwünscht waren. Wie Zeugen behaupten, haben die unabhängigen Abgeordneten Juch, Zubeil und Lautant unter den Demonstranten aufreizend gewirkt. Was mit der Demonstration beabsichtigt war, ergibt sich aus dem Flugblatt, worin es heißt: Es gibt kein „Jurid“ mehr, erlähmt nicht im Kampf für die Eroberung der politischen Macht. Es liegen auch noch andere Beweise für den Zweck der Demonstration vor. So hat ein unabhängiger Arbeiter der Firma Subitatis aufgefordert, zum Protest gegen das Blutvergießen am Reichstag zu demonstrieren, sich bei dieser Gelegenheit mit Waffen zu versehen, jeden grünen Aufsteiger der Sicherheitswehr niederzuschlagen, sich mit Brechkugeln zu versehen, um, wenn die Roten groß werden, einzubringen. Hunderte von einwandsfreien Zeugen haben beobachtet, daß

Demonstranten zuerst gegen die Sicherheitswehr vorgegangen sind. In der Nationalversammlung haben heute die Unabhängigen behauptet, die bloße Anwesenheit der Sicherheitswehr habe auf die Demonstranten so aufreizend gewirkt, daß es zu Zusammenstößen kommen müssen und daß nichts geschehen wäre, wenn die Sicherheitswehr nicht dagesewesen wäre. (Wolfske.) Solche Behauptungen werden schon widerlegt durch den Hinweis auf die Vorgänge in der Berliner, Lichterberger und Neudöllner Stadtverordnetenversammlung. Hiernach kann man sich vorstellen, was geschehen wäre, wenn die Eingänge zur Nationalversammlung nicht bewacht gewesen wären. Erst als eine Anzahl von Sicherheitsmannschaften entworfen, verdrängt und verwundet waren, erst nachdem der Versuch gemacht worden war, in den Reichstag einzubringen und nach einer draußen ausgebrochenen Barade

die ganze Bande niederzumachen,

hat die Sicherheitswehr von der Waffe Gebrauch gemacht. Wir bedauern die unschuldigen Opfer, die dabei gefallen sind, aber die Verantwortung fällt auf diejenigen, welche die Demonstranten ohne Führung auf die Straße kündten und so den gewalttätigen Elementen die Möglichkeit gaben, die Situation in ihrem Sinne auszunutzen.

Soweit darf die Demokratie nicht getrieben werden, daß man die vom Volke gewählte Vertretung zu Spielball radikalistischer Elemente macht. Auf Leute, die über den Belagerungsstand schreiben, aber mit der Freiheit den größten Mißbrauch treiben, darf keine Rücksicht genommen werden. Die Regierung war gezwungen, den Belagerungsstand zu verhängen. Sie wird auch unter dem Belagerungsstand von allen Maßnahmen absehen, die eine Einschränkung der Freiheit der Bevölkerung bedeuten würden. Die Regierung wird von dem Ausnahmezustand nur soweit Gebrauch machen, als es notwendig ist, um Ausschreitungen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu verhindern. Dem Vorgehen der Kommunisten und Unabhängigen ist es zuzuschreiben, daß der Belagerungsstand wieder verhängt werden mußte.

Sollmann-Köln, Mitglied der Nationalversammlung schilderte auf Grund eigener Beobachtungen die Vorgänge am Reichstagsgebäude. Seine Darlegungen bestätigten die Tatsache, daß die Demonstranten den Anfang gemacht

haben mit Gewalttaten gegen die Sicherheitswehr, die nicht die geringste Veranlassung dazu gegeben hatte. Es sei aufzuweisen, daß eine Anzahl von Menschen in Ratroffenmanner im Vordergrund der Demonstranten standen, abgesehen es doch Ratroffenmanner in Berlin wohl nicht gebe. Während draußen die Demonstranten ihre Unwesen trieben, befanden sich die Abgeordneten der Unabhängigen in den sicheren Zimmern des Reichstages und die Unabhängigen Rosenfeld und Söder, Mitglieder der Preussischen Landesversammlung, sahen sich die Vorgänge von einem Fenster des Reichstages aus an. Bei solchen Gelegenheiten gehören doch die Führer an die Spitze der Massen. Stundenlang haben die Sicherheitsmannschaften mit der größten Tapferkeit und dem Treiben gegenüberstanden. Erst als mehrere von ihnen verwundet und andere in größter Gefahr waren, haben sie zur

Die Rückkehr der Gefangenen.

In der letzten Sitzung im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, an der auch deutsche Vertreter teilnahmen, gab General Cassouin Kenntnis von dem Plan zur Heimführung der Kriegsgefangenen der vier verbündeten Zentralmächte. Sieben deutsche Flöße, die jeder 1000 Mann transportieren, sollen täglich gestellt werden. Die 30 000 aus dem Inneren Frankreichs werden durch die Schweiz heimgeführt, die 1000 Türken und 3000 Bulgaren über Maricille zur See. In längstens 6 Wochen soll der ganze Heimtransport beendet sein. Die ersten Gefangenenzüge haben bereits die Grenze passiert.

Kleine politische Nachrichten.

Schamloser Terrorismus. Vom Magistrat Reußla wird und zu der unter gleicher Ueberschrift in unserem Blatte erschienenen Notiz geschrieben: In den städtischen Vertrieben und bei den städtischen Bauverwaltungen Reußla's erfolgen grundsätzlich keine Entlassungen wegen Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder zur Einwohnerwehr. Wichtig ist, daß ein Teil der Arbeitskollegen des Zimmerers Vorwärts beschloß, nicht mehr mit ihm zusammenzuarbeiten, falls er Mitglied der Einwohnerwehr bleibe. Vom Eintritt in einen Streik oder von der Forderung, daß Vorwärts die Arbeitsstelle zu verlassen habe, ist nach eigener Aussage des L. jedoch nicht die Rede gewesen. Vorwärts hätte nun die Möglichkeit

Waffe getroffen. Wir Abgeordnete haben das Recht, von der Regierung zu verlangen, daß sie uns vor den wütenden Elementen schützt (Weisfall.) Meine Wähler haben mich nicht hierher geschickt, um mich von solchen Leuten besudeln zu lassen. (Weisfall.) Wir haben jetzt im Kleinland einen schweren Stand gegenüber den separatistischen Bestrebungen, die, wenn sie Erfolg hätten, ein schwerer Schaden für das deutsche Wirtschaftsleben sein würden. Solche Vorgänge, wie sie sich am Reichstagsgebäude abspielten, sind

Wasser auf die Mühle der rheinischen Sonderbündler.

Wenn es den Unabhängigen und Kommunisten gelingen sollte, in Deutschland die Demokratie zu beseitigen, dann bedeute das nicht den Sieg des Proletariats, sondern den Sieg des internationalen Kapitalismus. Das zu verhindern ist unsere Aufgabe. (Lebhafter Beifall.)

Ruben betonte unter starkem Beifall, daß es in dieser Zeit Pflicht aller Parteigenossen ist, sich hinter ihre Führer zu stellen. — Röpel bestätigte auf Grund eigener Anschauung, daß nicht die Sicherheitsmannschaften schuld sind an den bedauerlichen Vorgängen. Die Sicherheitswehr habe bewiesen, daß sie instand sei, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, deshalb könne er, der Redner, die Verhängung des Belagerungsstandes nicht billigen. (Lebhafter Widerspruch.) Warum sei die „Rote Fahne“ und die „Freiheit“ verboten? (Unruhe.) Durch die Verbot werde Erregung geschaffen und wir kommen immer tiefer in die Unruhe hinein. (Widerpruch.) Die Situation könne auch ohne Eingriffe in die verfassungsmäßige Freiheit gemindert werden.

Franz Krüger verwies dem Redner gegenüber darauf, daß

der Belagerungsstand notwendig

sei, um Unruhen, die durch Straßendemonstrationen und Prehergebnisse hervorgerufen werden, von vornherein zu verhindern. Daß das Verbot der „Roten Fahne“ begründet sei, beweise ein Artikel in der Nummer, die heute erscheinen sollte. Darin werden die Arbeiter unter der Ueberschrift:

„Gestern der Nord, heute die Tat“

aufgefordert, sich in den Betrieben die Rechte selbst zu nehmen, die ihnen die Nationalversammlung nicht geben wolle. Die Arbeiter sollen also die Rätediktatur ausrufen. Weiter werde in dem Artikel gesagt, daß

der weitere Verlauf der Revolution nicht unblutig

sein werde. Vor den Folgen solcher Exzesse müsse die Bevölkerung geschützt werden. (Weisfall.)

Ewald bemerkte, Juch habe schon vor Monaten in Versammlungen gesagt, daß es wieder losgehen werde und dann in ganz Deutschland. Dann gehe es aber auf's Ganze.

Krüger, ein in der K. G. O. beschäftigter Genosse, führte aus, in dem Betriebe haben sich trotz größter Bemühungen der Unabhängigen nur 500 Arbeiter an Demonstrationen beteiligt, während 7000 weitergearbeitet haben. Ein Teil der Unabhängigen, die für Demonstration stimmten, habe diese aber nicht mitgemacht, sondern sei nach Hause gegangen. — Rasch versicherte, daß wir alle geschlossen hinter der Regierung stehen, er erwarte, daß aber auch gegen die Reaktion vorgegangen werde.

Lademann gab seiner Empörung über die Treibereien der Unabhängigen und Kommunisten Ausdruck, die es verabsäumt haben, daß Tote und Verwundete auf dem Platz gelassen sind. Die Sicherheitswehr habe die größte Rücksichtung bekundet. Die Provokation durch die führerlose Masse habe das Mitleid verabsäumt. Es ist ein neues, großes Aufkommen der Kommunisten. Seit Wochen sitzen sie Unruhe unter den Eisenbahnern und legen sie in neue Streiks hinein. Hätten wir schon gestern den Belagerungsstand gehabt, dann wären die Opfer nicht gefallen, die wir heute beklagen müssen. Damit solche Vorkommnisse verhindert werden, müssen wir die an sich bedauerlichen aber leider unumgänglichen Maßnahmen der Regierung billigen. Heute haben wir nicht mehr zwei Spielarten von Sozialdemokraten, sondern hier steht

die alte Sozialdemokratie

die kommunistischen Verbrecher,

mit denen es keine Gemeinschaft geben kann. (Lebhafter Beifall.)

Mit allen gegen drei Stimmen wurde folgende

Resolution

angenommen:

„Die am 14. Januar 1920 versammelten Partei- und Betriebsfunktionäre der S. P. D. Groß-Berlins konstatieren mit tiefster Empörung, daß die Gewissenlosigkeit der Veranstalter der unabhängigen Demonstration am Reichstagsgebäude zu einem schweren Blutvergießen geführt hat. Dieses Blut zum Teil unschuldiger kommt auf das Haupt der Anhänger der Diktatur, der Gewalt und des Terrorismus. Sie tragen auch die Schuld, wenn die Regierung zugunsten ist, zur Sicherung der ungestörten Arbeiten der deutschen Volksvertretung und zur Abwehr der Gewalt den Ausnahmezustand zu verhängen. Die Funktionäre erkennen an, daß zurzeit nur durch diese Maßnahmen die Freiheit der Bevölkerung und die öffentliche Ordnung gesichert werden können. Sie fordern die Groß-Berliner Arbeiterschaft auf, alle unabhängig-kommunistischen Versuche zur Inzenerung eines Generalkreises mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Nur wenn wir jetzt endgültig mit den Gewaltpolitikern Schluss machen und die demokratisch-sozialistische Wiederaufrichtung Deutschlands energisch in die Hand nehmen, wird das Blut am Reichstagsgebäude nicht umsonst geflossen sein.“

gehabt. In einem anderen Teil des Betriebes zu arbeiten. Dem Druck seiner Kollegen folgend, hat er jedoch die Arbeit aufgegeben und einen erst einige Zeit auf der Baustelle befindlichen Regierungsbauarbeiter gebeten, auf dem Entlastungsflößen zu vermerken: Wegen Zugehörigkeit zur Einwohnerwehr auf Wunsch der Zimmerer entlassen. Nachdem die Bauleitung diese Vorgänge erfahren hatte, hat sie sofort eingegriffen. Vorwärts ist nachdem er nur zwei Tage aufgesetzt hatte, sofort wieder eingestellt worden.

Die alte Frage. In einem längeren Schreiben verweist der „Arbeitsausfluß“ des Zentralausschusses der Angestellten von Groß-Berlin auf die unendlich langsam erfolgende Bearbeitung amtlicher Eingaben seitens der zuständigen Ministerien. Es ist dringend zu hoffen, daß die allmähliche Durchscheidung der Beförden mit demokratischem Geiste hier Abhilfe schaffen wird.

Die neuen Sozialisten im französischen Senat sind Boudere im Departement Saone-et-Loire und Bourment im Departement Var. Unter den Durchgeschickenen befinden sich der Zeitartiller des „Journal des Debats“, Auguste Gouvain, ferner die Generale Fagnolle und Vaissou, der frühere Marine-Minister de Labeyrie und der Chef des Generalsstabes im Kriegsministerium General Alby. Dagegen ist Boimont wiedergewählt worden.

Deutschbaltische Wirtschaftliche Verhandlungen haben in Prag stattgefunden. Ministerpräsident Tuluski schloß sie mit der Hoffnung, daß nun freundschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Ländern einsehen würden. Es ist u. a. auch eine Vereinbarung über den Schutz der nationalen Winterbetriebe getroffen worden.

Smirna wird in der türkischen Chronik als untrennbarer Bestandteil der Türkei erklärt. Die Weltversteher haben es jedoch Italien als Köder hingeworfen.

